

# Merseburger Correspondent.

Bezugspreis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf.  
Bei Abholung von unten nachbestellen: bei Zustellung des Hefts durch unsere Anstalten in  
der Stadt und auf dem Lande außerhalb derselben: durch die Post 1,20 Mk. oder 42 Pf.  
Beleggeld — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal, nur an den Festtagen nachmittags.  
Nachdruck unserer Originalarbeiten ist nur mit ausdrücklicher Genehmigung gestattet.  
Für Abdrücke unvollständiger Einleitungen übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:  
3seitige Illustr., Unterhaltungsblatt  
m. neuest. Romanen und Novellen.  
4seit. landwirtsch. u. Handelsbeil.  
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilage oder deren Raum für Verlobung und ähnliche  
Angebote 10 Pf., für die folgenden 8 Pf., für die folgenden 6 Pf., für die folgenden 5 Pf.,  
20 Pf., im Restamt 30 Pf. Bei Kompositionen nach entsprechender Maßgabe  
Gebühr für Entwürfe und Ueberschriften. Für Nachweisungen und Offertenannahmen  
sonderer Berechnung, nach Ausweis mit Preisgeldschlag. Verlangte  
Kontingente für größere Geschäfts-Angebote nur mit Angabe weiterer  
Anzeigen bis spätestens 9 Uhr. Samstagsbeilagen bis 10 Uhr vormittags. —

Nr. 29.

Freitag den 4. Februar 1910.

36. Jahrg.

## Am Vorabend der Einbringung der preussischen Wahlreformvorlage

hat es wenig Wert, sich darüber zu unterhalten, wie sie wohl aussehen wird. Das kann aber gesagt werden, daß, wenn sie wirklich, wie offiziöse Federn vermelden, die direkte Wahl bringt, dann die Dreiklassen-Einteilung in der bisherigen Art auch nicht aufrecht zu erhalten ist. Denn diese ist mit dem indirekten System unvereinbar verbunden. Die direkte Wahl bedingt vielmehr (da ja doch von der gleichen Wahlberechtigung leider keine Rede sein wird) die Schaffung irgend eines Pluralwahlsystems oder aber die Übertragung des Kommunalwahlrechts auf die Staatswahlen derauf, daß jede Klasse für sich einen Abgeordneten wählt. Diese letztere Art aber würde umfangreiche Umfempelungen der Wahlkreise nötig machen und auch der Sozialdemokratie weit mehr Wahlerfolge bringen, als die Regierung und vor allem die herrschenden Konserverativen ihr je werden zugestehen wollen. Es wird also wohl eine Art Pluralwahlrecht herauskommen. Aber inwiefern dieses den Wünschen der Nationalliberalen entspricht, der bisher einzigen Bekürworter dieses Systems, bleibe dahingestellt. Die geheime Wahl wird nicht offener werden, und es ist ja schon ein großer Streit zwischen dem Freiherrn v. Zedlitz und dem Zentrum darüber entstanden, ob das letztere das Verlangen nach der geheimen Wahl jenseitig dazu auswirken will, um das seinen Bundesgenossen, den Konserverativen, so lästige Gesetz überhaupt zu Fall zu bringen. Dieser Streit läßt uns sehr kühl. Wir sehen hinsichtlich des Zustandekommens irgend einer Reform, die auch nur halbwegs diesen Namen verdient, überhaupt sehr pessimistisch in die Zukunft, da wir der Regierung nicht die Energie zutrauen, eine vernünftige Änderung gegenüber Abgeordnetenhause und Herrenhause durchzuführen. Dem Zentrum trauen wir unerseits nicht über den Weg. Das Vertrauen zu seinem guten Willen, etwas wirklich zeitgemäßes zu schaffen, ist infolge seines zweideutigen Verhaltens in den Jahren vorher verloren gegangen.

Die Freisinnigen werden selbstverständlich die geheime Abstimmung energisch fordern, wie auch die Vorlage sonst aussehen möge. Aber natürlich kann die Regelung dieser Frage für sie nicht allein ausschlaggebend sein. Für ein ungerechtes System, das an die Stelle des bisherigen ungerechten Systems treten sollte, werden sie kaum irgend ein Interesse haben.

Für Herrn v. Bethmann-Hollweg ist jedenfalls aber jetzt die Zeit der Zurückhaltung und der Schonung vorbei. Er spielt um den höchsten Einfluß — um seine Kanzlerschaft!

## Das Spiel mit dem Staatsstreik.

das der Abg. v. Oldenburg-Januschau im Reichstag mit seiner famosen Äußerung begonnen hat, wird in der konservativen Presse munter fortgesetzt. Schon dadurch erledigt sich die gleichzeitig von konservativen Klättern zur Verteidigung des „Januschaus“ versuchte Darstellung, als ob es sich bei dem Zentrant und dem zehn Mann um einen Witz gehandelt habe. Im Gegenteil trifft die „Wölffische“ das Richtige, wenn sie schreibt: „Wir tun Herrn v. Oldenburg sicher nicht unrecht, wenn wir annehmen, daß er die Öffentlichkeit an die Vorstellung gewöhnen möchte, daß der Reichstag einmal plötzlich vom Kaiser geschlossen werden könnte.“ So ist es in der Tat, wie sich aus dem Fortgange der Erörterungen und namentlich aus den Darlegungen der „Kreuzzeitung“ ergibt. Dieses Blatt spricht zwar auch von einem „Witz“ des Herrn v. Oldenburg, fügt aber hinzu, er habe groll die Situation betrachtet, „dieslich ergeben wird, wenn die Sozialdemokratie einst die Mehrheit an Reichstag hat und sich dem Auflösungsbeschluss des Bundesrats widerlegen will.“ In ihrer nächsten Nummer bringt die „Kreuzzeitung“ sogar in aller Ausführlichkeit eine „zeitgemäße Erinnerung“, näm-

lich eine Darstellung der Ereignisse bei Auflösung der preussischen Nationalversammlung in Brandenburg durch den General v. Wrangel im Jahre 1848. Das führende konervative Organ hält es, wie aus seinen Worten un schwer zu schließen ist, nicht für unmöglich, daß auch später einmal dem Reichstag in ähnlicher Weise durch eine militärische Truppe ein Ende bereitet wird. Als Zeitpunkt dieser Eventualität nimmt es, wie gesagt, den Moment an, wo der Reichstag eine sozialdemokratische Mehrheit haben wird. Da aber alles, was die Konserverativen seit dem vorigen Sommer getan haben und noch tun, nur den Effekt einer Vermehrung der sozialdemokratischen Mandate hat, so ist, wie wir schon andeuteten, der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß Leute wie Abg. v. Oldenburg bewusst darauf hinarbeiten, die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag so zu verstärken, daß die Regierung im vermeintlichen Interesse ihrer Selbsterhaltung zu einem Staatsstreik gezwungen wird.

In dem Wahlkreise des Abg. v. Oldenburg selbst in Gising Marienburg, hat seine letzte Reichstagsrede natürlich das peneliche Luftseien erzeugt. So schreibt die in Gising erscheinende „Mittepreussische Ztg.“: „Die Wähler des Wahlkreises Gising Marienburg werden durch die Vorgänge im Reichstage noch stärker und tiefer berührt als andere deutsche Männer. Viel zu lange haben wir uns diesen Abgeordneten gefallen lassen, den man vielfach selbst in agrarischen Kreisen nicht schätzt. Der vorgestrichene Vorgang bringt das Gefühl zum Überlaufen, jetzt sollten sich die Wähler aller Parteien in unserer Kreis zusammenschließen unter dem Rufe: „Weg mit Oldenburg!“ Vor kurzem hat sich in unserem Wahlkreise ein Patriottisch-er Wahlverein gegründet, dessen Ziele den Vaterlandsfreund mit großer Begeisterung und Freude erfüllen und der schon zahlreiche Mitglieder gefunden hat. Jetzt ist es nun aber für ihn an der Zeit, herorzutreten und auszusprechen, was wohl alle Bürger in unserer Stadt und so mancher Wähler im Landkreise über unsern Abgeordneten denken. Jetzt sollte eine Protestversammlung einberufen werden, an der Mitglieder aller Parteien teilnehmen und in der Deutschland gegenüber klar und deutlich dargelegt wird, daß der Wahlkreis Gising-Marienburg festhält an der Verfassung, daß er sich nicht einverstanden erklärt mit einer derartigen Aufforderung zum Hochverrat, wie sie unser Abgeordneter ausgesprochen hat. Die Pflicht, dagegen zu protestieren, ist eine doppelte, uns selbst und dem deutschen Volke gegenüber! Wollen wir bis zum Wahltage warten mit der öffentlichen Aussprache unserer Empörung und Unterstützung über diesen unsern Abgeordneten, der uns vor ganz Deutschland, vor der ganzen Welt bloßstellt? Nein, treten wir einmütig alle zusammen vor die Öffentlichkeit mit dem Rufe: Weg mit Oldenburg!“

## Die konfessionslose-lexikale Koalition

wird von den beteiligten Parteien hartnäckig als ein Phantasiagebilde bezeichnet; man habe sich bei der Reichsfinanzreform zufällig auf dem Wege getroffen, und das sei alles. Insbesondere wird von der rechten Seite gegen das Bündnis von Konserverativen und Zentrum geltend gemacht, daß gerade bei der Wahlrechtsreform in Preußen die beiden Parteien einander diametral gegenüberstünden. Jetzt kommt aber der Führer der Freikonserverativen Abg. Zedlitz, um in „Tag“ auseinanderzusetzen, daß selbst über diese angeblich tief gehende Meinungsverschiedenheit in der Wahlrechtsfrage eine Übereinstimmung zwischen der Rechten und der Mitte erzielt ist. Abg. Zedlitz v. Zedlitz schreibt darüber:

„In der Sache selbst bin ich nachgerade zu der festen Überzeugung gelangt, daß das Zentrum dafür sorgen wird, keine den Konserverativen unannehmbare Änderung unseres Wahlrechts zu kande-

kommen zu lassen. Da die Konserverativen die geheime Abstimmung für unannehmbare erachten, heißt das mit anderen Worten: das Zentrum wird dafür sorgen, daß die Wahlreform unter Beibehaltung der öffentlichen Abstimmungsabgabe oder gar nicht zustande kommt.

Zu diesem Ziele führen verschiedene Wege. Man kann die Frage gleich in der Kommission verknüpfen lassen. Etwas Ähnliches scheint tatsächlich erwogen zu werden. Man spricht davon, daß noch weitere tatsächliche Unterlagen als die bekante Wahlrechtsfrage zu fordern seien, und meint, daß, wenn die Erfüllung dieser Forderung längere Zeit erfordere die Session alsbald geschlossen werden würde. Weiter kann dafür gekämpft werden, daß der Antrag auf Übergang zur geheimen Wahl von vornherein abgelehnt wird. Bei der knappen Mehrheit für die geheime Wahl genügt hierzu die Abstimmänderung weniger Stimmen. Man kann ferner zwar die geheime Wahl in die Vorlage einbringen lassen, dann aber deren Ablehnung im ganzen begehren. Das läßt sich unschwer erreichen, indem sich ein ausreichend harter Teil des Zentrums als mehrwertiger Parteilager des Reichswahlrechts aufstellt und die Parole „Alles oder nichts“ ausstößt. Endlich kann man in der Überzeugung, daß das Verlangen für die geheime Wahl nicht zu haben ist, diesem deren Beilegung verweigern, die Entscheidung bis zur Blütezeit der gedienten Vorlage an das Abgeordnetenhaus verziehen und sich dann entweder dem Verzehnhause fügen oder durch Verhinderung übereinstimmender Beschlüsse beider Häuser die Verabreichung der Wahlreform unmöglich machen. Welcher Weg gewählt werden wird, ist mit Sicherheit nicht vorzusagen. Dabei sprechen tatistische Rücksichten das entscheidende Wort. Ganz sicher aber er scheint es, daß einer dieser Wege, vielleichte mit der einen oder anderen Variante, begehren werden wird. Die konservativsten Elemente cordiale bedeutet mithin nichts weniger als die Verleitung jeder Chance für den Übergang zur geheimen Wahl bei dem jetzt von der Regierung in Angriff genommenen Reformplane. Denn wird zwar zunächst ernst widerproben werden, aber der Ausgang wird mit sicher recht gehen.“

Man weiß seit Jahrzehnten, daß Abg. Zedlitz von Zedlitz eine seine Witterung für das hat, was sich in Regierungskreisen und im Parlament vorbereitet. Auch diese Äußerungen über die Entente cordiale von Konserverativen und Zentrum bei der Wahlrechtsfrage werden sich — das sind wir gewiß — bestätigen, zumal da die innere Wahrscheinlichkeit für sich haben. Es ist längst bekannt, daß das Zentrum seine Anträge auf Einführung des Reichswahlrechts in Preußen nur gestellt hat, um seine Wähler aus der Arbeiterkraft zu beruhigen. In Wirklichkeit denkt aber die Zentrumsfaktion des Abgeordnetenhauses, in der die feudalen Herren noch weit mehr als in der Reichstagsfraktion den Ausschlag geben, daran, mit ihren Forderungen Ernst zu machen. Man kann sicher sein, daß bei den bevorstehenden Wahlreformdebatten die Zentrumstreber wieder die ergiebigsten Sprünge machen werden.

## Zur Frage der Maßregelung von Beamten

bringt die ultramontane „Germania“ noch einige bezeichnende Beiträge aus dem Osten. Z. B. diese hier: „Gelegentlich einer Reichstagskonferenz sagte ein Kreischulinspektor ungefähr: „Wer durch die Abstimmungsabgabe für einen andern als den aufgestellten nationalen Kandidaten die Wahl besellben geförderdet, dem zieh ich den Strick zu.“ Bei einer Stadtverordnetenwahl in einem ostpreussischen Städtchen hatten einige Lehrer für einen deutschen katholischen Kaufmann gestimmt. Weil er deutsch gebildet und der größte Steuerzahler war, dachten sie nicht daran, daß ihnen diese Abstimmung als eine staatsgefährliche Handlung ausgelegt werden würde. Sie hatten jedoch die Rechnung ohne den Wirt gemacht; denn bald darauf wurde einer der Unglücklichen nach dem Westen heute ansetzen. Bei der Wahlmännerwahl zur Wahl eines Landtagsabgeordneten wurden bei der letzten Wahl 1908 vom „nationalen“ Wahlomitee die Namen der deutschen Wahlmänner allen „nationalen“ Wählern bekannt gegeben. Zufällig war den beteiligten Lehrern eines größeren Ortes dies nicht bekannt geworden. Sie wählten sich gegenständig. Ein Vorsteher, welcher in dieser Angelegenheit die Lehrer vernahm, sagte ihnen: „Als Mensch haben sie ja wohl recht gehandelt, nicht aber als Beamter.“ Es blieb in diesem Falle bei einem Verweis.“





Die „Germania“ setzt hinzu: „Wenn die National-liberalen hier Gemäßigtere suchen würden, so würden sie nicht nur einen, sondern Duzende finden.“ Das Blatt bringt es aber fertig, in derselben Nummer an anderer Stelle über die Nachrichten von den gemäßigteren National-liberalen in Bosen zu sagen: — „Es wird immer deutlicher, daß im Grunde gar nichts gegeben ist und es um das national-liberale „Material“ windig bestellt ist. Wir sagten schon, daß es sich für die Interpellation um ganz anderes als die „Nachfrage“ handle.“

Hier zeigt sich wirklich der echte Kontrastgeist. Man kritisiert sich — mit Recht! — über die Drangsalierungen von Beamten, die für die „Nationalen“ zu himmel gegungen werden sollten, hat aber von vornherein nur Spott und Abneigung, wenn irgend welche „Nationalen“ sagen, daß auch ihnen Unrecht geschehen sei. Das Wort gleiches Recht für alle kommt hier nicht zu seiner Geltung. — Die Freisinnigen werden natürlich das national-liberale Material ganz objektiv prüfen und werden mit ihrer Beurteilung des Vorgehens der Behörden genau so scharf sein, wie bei Kontrast, wenn dieses Vorgehen ebenso verdamnenswert ist. Das Zentrum sollte schon als „gebranntes Kind“ das selbe Verfahren einschlagen; aber wo bleibt hier sein Gerechtigkeitsgefühl und seine sittliche Entrüstung?

### Drohende Wetterwolken in den Balkan-Ländern

sehen wieder einmal am politischen Himmel. Die Haupt-schuld an den abermals entzündeten Wirren trägt das Treiben der griechischen Militärkräfte, deren Schaulustmühen sich vornehmlich gegen die Türkei richtet. Diese ist aber nicht gekommen, griechische Forderungen nicht ruhig gefallen zu lassen, sie magte für alle Fälle in Wagenorden mobil, um nötigenfalls den griechischen Exzessen, wie im Jahre 1897, mit Gewalt den Wind stoppen zu können.

Die Lage ist bereits recht kritisch geworden, wie sich u. a. auch aus folgenden Umständen erkennen läßt: Demnach „Äg. Ag.“ ergibt: Nach dem letzten Nachrichten aus Athen scheint es dort fraglich zu gehen, die in der Einberufung der Nationalversammlung einen geeigneten Anlaß erblickend, um auch freisinnige Abgeordnete als vollberechtigte Mitglieder an ihr teilnehmen zu lassen. Aber das Unnatürlichste eines solchen Unterfangens ist natürlich kein Wort zu verlieren. Es richtet sich gegen die Politik der freisinnigen Regierung, es richtet sich gegen den Willen auch der anderen Mächte, ohne die eine Einberufung Attikas in Griechenland nicht vorgenommen werden kann, es richtet sich aber in erster Linie gegen die Türkei, die nach allem, was man hört, nicht gewonnen ist, eine solche Herausforderung zu dulden. Die militärischen Vorgehen der Türkei zeigen sich in dem Sinne, daß die Lage dort als ernst aufgefaßt wird und daß die Türken aller Voraussicht nach eine Herausforderung, wie sie die Zulassung freisinniger Abgeordneter sein würde, mit dem Einmarsch in die Inseln beantwortet werden. Diejenigen Griechen, denen politische Verbindungen nicht das Verhindern für die Wirklichkeit ungeliebter gerührt hat, sollten sich fragen, daß damit eine Katastrophe über ihr Land heraufbeschworen wird, wie sie schwerer nicht gedacht werden kann.

Über Maßnahmen der Türkei wird vom Dienstag gemeldet: Nach Mitteilung der Porte wurden die türkischen Vorgesetzten beauftragt, die Aufmerksamkeitsfeld der Retardation auf die Folgen einer etwaigen Verletzung der griechischen Nationalversammlung durch die Exzesse der Exzesse zu lenken und sie zugleich zu fragen, welche Maßnahmen sie treffen beabsichtigen, um diese Centralität zu verhindern. Auf diese Verlaut, daß zwischen griechischen denkmäleren Verhandlungen (Sowden, um die Entsendung der freisinnigen Deputierten hinauszukalten. Den letzten Anordnungen so folgt die Einberufung der Referenzen des dritten Korps für eine vierwöchige Versammlung am Ende Februar durchzuführen. Die an der griechischen Grenze befindlichen besetzten Punkte sollen auf Befehl des türkischen Regierungsinstitutums durch Genossenschaftler besetzt und ihre Inhabenden und eventuelle Verbesserung sofort in Angriff genommen werden.

Nicht gegen Bulgarien richteten sich die türkischen Anordnungen. Die „Agence Télégraphique Bulgare“ erklärt: Die von mehreren auswärtigen Blättern veröffentlichten Meldungen über eine angebliche Spannung in den Beziehungen zwischen der Türkei und Bulgarien, sowie über beabsichtigte Retardationsvorhaben sind vollständig erfunden und tendenziös. Die Beziehungen zwischen Bulgarien und der Türkei sind gut, und der Handelsverkehr, welcher demnach abgebrochen werden wird, wird eine weitere Festigung dieser Beziehungen zum Vorteil beider Länder bewirken. Bulgarien ist in seiner Politik konsequent, welche auf der gegenseitigen Freundschaft zwischen der Türkei und Bulgarien beruht.

### Politische Uebersicht.

**Oesterreich-Ungarn.** Im kaiserlichen Landtag setzen am Dienstag die Souden bei der Beratung des Bundesvertrags mit Ökonstruktion ein, um die Unzufriedenheit mit ihrer Behandlung in nationalen Fragen Ausdruck zu geben. Sie hatten lange Beden in hinsichtlich der Sprache. Die Sitzung, die um 10 Uhr vormittags begonnen hatte, erzielte erst am Mittwoch ihr Ende. — Der Magistrat von Budapest hat beschlossen, die Zustimmung der Regierung über ihren Wintersonntritt zur Kenntnis zu nehmen. Die Stadtverordneten-Versammlung ist diesem Magistratsbeschlusse beigetreten mit dem Vorbehalt, daß dem Willen des Abgeordnetenverbandes, die Steuer zu verweigern und den nationalen Widerstand zu organisieren, keine Folge geleistet werden soll. — Sehr vernünftig.

**Schweden.** Welgen weht sich gegen die schwedischen Schutzvölker. Die Kammer trat am Dienstag wieder zusammen und behandelte die sozialistische Interpellation, betreffend die durch den französischen Zollrat vorgelegene Kopfreue für die in Frankreich beschäftigten

belgischen Arbeiter. Vertreter aller Parteien protestierten gegen die geplante Bekleidung und forderten die Regierung auf, Schritte zu tun, um den drohenden Schaden abzuwenden.

**Frankeich.** Die Deputiertenkammer setzte am Mittwoch die Beratung des Etats der öffentlichen Arbeiten fort. Im Laufe der Diskussion forderte der Abgeordnete Souden den Bau einer Eisenbahn von Saint-Denis nach dem Elise. Der Redner legte die Notwendigkeit besserer Verbindungen zwischen Frankreich und dem Elise dar; die Verteilung des Landes würde durch die neue Linie nicht gefährdet werden. Minister Millerand erwiderte; die Entscheidung über den Durchbruch der Vogeien hänge nicht von ihm allein, sondern auch vom Kabinetminister ab, dem er die Aktien unterbreitet habe. — Wäre Streikzelle schienen in Frankreich an der Tagesordnung zu sein. In Espéras (Dep. Aude), wo vor mehreren Tagen in einer Fabrik ein Streik ausgebrochen ist, sind einige Fabrikbesitzer von Arbeitern mißhandelt worden. Die Ausführenden verurteilten auch einen Güterzug zum Entgleiten zu bringen, doch wurde der Vorfall rechtlich verhandelt. Da die Gedanken der aufmerksamen Menge gegenüber mäßig ist sind Truppen dorthin entsandt worden.

**Rußland.** Der Reichsduma sprach in ihrer Sitzung vom Mittwoch, der ersten nach den Weihnachtsferien, für die Notwendigkeit der Ausarbeitung eines Befehlsworts aus, demzufolge die administrative Verwaltung der Provinzen, die die Staats- und Gesellschaftsicherheit gefährden, eingekerkert werden soll. Administrative Verwaltung ist die obere vorherige gerichtliche Untersuchung angeordnete Verbindung.

**England.** Die Wahlen brachten den Liberalen am Dienstag noch den Gewinn von Wilt (Schottland). In Irland wurden zwei Anhänger von O'Brien im Wahlkampf gegen Anhänger von Redmond gemißt. Das Gesamtresultat ist bis jetzt folgendes: 271 Unionisten, 271 Liberalen, 41 Vertreter der Arbeiterpartei und 22 Nationalisten. Unter diesen befinden sich 11 Anhänger von O'Brien, sogenannte unabhängige Nationalisten. Die drei noch ausstehenden Wahlen sind auf den nächsten nächsten Freitaggruppen vorzunehmen. Liberalen und Unionisten allein halten sich also ziemlich die Waage, beide für sich können nicht kräftig ohne Unterstützung der Arbeiterpartei oder der Nationalen. Die Arbeiterpartei hat sich gegen die Wahlen und so ihr es hier zum Schicksal gebieten. Wenn Aquilum am Ende steht, muß er die Stimmen der Arbeiterpartei und wohl auch die der Nationalisten zu Hilfe nehmen. Mit der Arbeiterpartei verfügen die Liberalen über eine Mehrheit von 43 Stimmen gegenüber den Unionisten. Kommen die 82 letzten Stimmen dazu, so sind es 125. Wie lange sich die Liberalen mit Hilfe der genannten Parteien behaupten können, hängt wesentlich von dem Verhalten der Arbeiterpartei und Geländer für ihre Unterstüzung fordern werden. — Die englischen amtlichen Arbeitsbüros, welche durch ein in der letzten Session angenommenes Gesetz ins Leben gerufen worden sind, wurden am Dienstag in London und in der Provinz eröffnet. Hier der in London eröffneten Arbeitsbüros wurden vom Handelsminister Churchill beauftragt.

**Dänemark.** Der König hat das Vorschlagsgesetz des Verkeimungsstellen genehmigt und den Handelsminister Weimann interimsweise mit der Leitung des Verkeimungsinstitutums beauftragt.

**Niederlande.** Auf eine das Nordseeabkommen betreffende Antrag des Senators Van der Meer erklärte der holländische Minister des Innern, er lehnte es entschieden ab, den Versuch zur Erlangung einer Zugabe-stimmung zu dem Abkommen zu machen, die die Erklärung enthalten solle, England und Deutschland würden im Falle eines Krieges die Integrität der Niederlande achten. Die Integrität der Niederlande sei durch das Abkommen selbst hinreichend gesichert.

**Griechenland.** Die Session der griechischen Kammer ist am Mittwoch geschlossen worden. Die außerordentliche Tagung ist auf den 14. Februar anberaumt.

**Indien.** Die Ermordung zweier deutscher Reisender in der Mongolei hat ihre Sühne gefunden. Nach einer Mitteilung der kaiserlichen britannischen Regierung sind der indischen Regierung Nachrichten über die Mörder der deutschen Reisenden Dr. Braun und Dr. Schmidt zugegangen. Danach soll der bei der Mordthat beteiligte Angehörige des Gugu-Stammes von einer Strafexpedition ergriffen und auf Befehl der chinesischen Behörden in Tenz Tschu hingeleitet worden. — Der indische Kanakler, ein jugendlicher Bengale, der während der Vorgehensberatung gegen die Verfänger von Wipore am 24. Januar der Polizeidirektor Spams al Wium erschossen hatte, ist zum Tode verurteilt worden. Er hatte jeden Rechtsbehelf abgelehnt. — Der König von Siam brachte am Dienstag abend auf einem Festbankett einen Trinkspruch auf den Herzog, Regenten von Braunschweig aus, der als erster regierender Fürst Siam und seinem alten guten Freunde einen Besuch abstatte. Der Herzog gab in seiner Erwiderung seiner Bemerkung über die Fortschritte, die Siam gemacht habe, Ausdruck.

### Deutschland.

Berlin, 3. Febr. Der Kaiser nahm Mittwoch vormittag im königlichen Schloß zu Berlin den Vortrag des Obersten des Zivilkabinetts entgegen. — Der Großherzog und die Großherzogin von Sachsen sind gestern nachmittag auf dem Anhalter Bahnhof eingetroffen. Der Kaiser und die Prinzessin Eitel Friedrich waren zum Empfang erschienen. Der Kaiser geleitete die Großherzogin im Automobil zum Schloß. In einem zweiten Kraftwagen folgte der Großherzog mit der Prinzessin Eitel Friedrich. Im königlichen Schloß wurden die großherzoglichen Gesellschaften von der Kaiserin empfangen und nahmen dort Wohnung. — Der Kaiser hat der Großherzogin von Sachsen den Luise Orden mit der Zahl 1813/1814 verliehen, dem Oberhofmeister der Großherzogin von Siedel, den Kronenorden erster Klasse.

(In dem Befinden des Reichstagspräsidenten Grafen Stolberg) ist nach der „Köln. Volksztg.“ erneut eine Verschlimmerung

eingetreten. Zu der doppelseitigen Lungenentzündung hat sich eine bedenkliche Herzschwäche eingestellt. Nach der „Köln. Rundschau“ verschlimmerte sich der Zustand des Grafen Stolberg am Dienstag nachmittag so besorgniserregend, daß die behandelnden Ärzte telephonisch an das Krankenlager gerufen werden mußten, wo sie bis in die Abendstunden weilten. Trotz der sehr ernst Situation hoffen die Ärzte, den Patienten am Leben erhalten zu können. Nach der Dienstaacht soll eine leichte Besserung zu verzeichnen sein.

(Das preussische Staatsministerium) hielt am Mittwoch eine Sitzung ab.

(Zur Beratung der Schiffsahrtsabgabenvorlage im Bundesrat) haben sich die leitenden Minister Sachsens sowie des holländischen Bundesstaates persönlich nach Berlin begeben.

(Eine Verwaltungsreform in Hannover) soll geplant sein. Nach der „Köln. Gegenwart“, dem hannoverschen Gemeindeblatt, werde vorgeschlagen, aus den sechs Regierungsbezirken deren drei zu machen, d. h. Hildesheim mit Hannover, Stade mit Hildesheim, Aurich mit Osnabrück zu verbinden. Ebenso werde das Göttingen, die verhältnismäßig kleinen Kreise zu vergrößern, etwa auf die Hälfte zu verringern.

(Über den Ausbaudereichsländischen Verfassung) in der Richtung der Autonomie finden nach den „Köln. Neuest. Nachr.“ an den zuständigen Stellen Erörterungen statt, die die Hoffnung auf baldige bescheidende Ergebnisse zulassen.

(Der Biererausfluß) zur Vorbereitung der linksliberalen Einigung hat seine Verhandlungen vorläufig abgebrochen und der fraktionseigenen Arbeit über seine neuerlichen Beschlüsse Bericht erstattet.

(Gegen die Staatsrechtsspielerei des Abg. v. Oldenburg) haben die Sozialdemokraten Berlins am Dienstag in mehreren Versammlungen protestiert, in denen u. a. die Abg. Debus, Singer und Jubel sprachen. Einstimmig wurde in sämtlichen Versammlungen eine Resolution „gegen juristische Frechheit und reaktionäre Gewalttat“ angenommen. Nach Schluß der Versammlungen kam es an einigen Stellen zu Straßendemonstrationen. Die sächsischen Zurückhaltung der Polizei verübte jedoch, daß es zu Zusammenstößen gekommen ist. Auch nach der Versammlung in der Wilhelmstraße bildete sich ein Demonstrationzug, der aber bald durch starke Schutzmännersaufreibe nach den Lindenstraßen gedrängt und dort aufgelöst wurde. — Der „Vorw.“ hatte trotz des harmlosen Verlaufs der Unruhe davon zu berichten berichtet, daß der Schutzmann Wamowski an der Ecke der Müller- und Schulzenborfer Straße eine völlig schuldlose Frau heftig geschlagen habe. Von ausführender Seite wird der Vorfall dem „Berl. Ztbl.“ aber wie folgt dargestellt: „Die unbefangene geliebene Frau befand sich in der ersten Reihe der Demonstranten; sie wurde aufgefordert, zurückzutreten. Da die Frau dieser Aufforderung nicht nachkam und laut mit den anderen Demonstranten auf die Beamten zu schimpfen begann, sah sich der Beamte gezwungen, die Frau zurückzubringen. Die Frau ist nicht geschlagen oder irgendwie mißhandelt worden.“

— Der „Vorw.“ hat gerade in der letzten Zeit so viele Schwindelnachrichten über polizeiliche Übergriffe aufgenommen, daß er nun wirklich gut täte, eine zeitlang das Vigenbandwerk einzustellen und zu schweigen.

(Aus den Kolonien.) Über das Amboland, den nördlichen Teil von Deutsch-Südwestafrika, veröffentlicht das „Deutsche Kolonialblatt“ eine zusammenfassende Darstellung, in der die wirtschaftliche Bedeutung dieses Landes in folgendermaßen skizziert wird: Über die Vepflanzungsmöglichkeit des Ambolandes ist man vorläufig noch zu keinem abschließenden Urteil gekommen. Sicher ist auf jeden Fall, daß Tabak und Baumwolle eine Zukunft haben. Wie oben erwähnt, ist Viehzucht sehr rentabel, Pferdezüchtung weniger, da die Pferdesterbe in einzelnen Teilen des Landes fast das ganze Jahr hindurch wüthet. Die Viehzucht ist nicht ratsam; sie wird einweisen auch nicht in Frage kommen, weil die klimatischen Verhältnisse äußerst ungünstig sind. Das Amboland ist tropisch; mithin kann in diesem Lande die körperliche Arbeit nur von Eingeborenen verrichtet werden. Der Wert des Ambolandes liegt in seinem eingeborenen Arbeitermaterial, das für den mittleren und südlichen Teil der Kolonie von unschätzbarem Wert ist. Für die fortschreitende Besiedlung und die schnelle Entwicklung des Bergbaues reichen die Überreste der Herero und Nama-Bewölkerung bei weitem nicht aus, so daß die Arbeiterfrage nur durch Heranziehung der Doambostämme gelöst werden kann. Schon wandern die Doambostämme allmonatlich zu Hunderten herüber in den Süden, um Arbeit zu suchen. Einstweilen zwingen die Kapitalisten sie aber noch, nach einem gewissen Zeitraum — etwa nach einem halben Jahre — zurückzukehren, um ihren Verdienst abzuliefern. Dies ist für die Arbeit-



geber natürlich äußerst störend. Hier wird also einzuweisen sein, um durch verstärkte Einwirkung auf die Kapitäne den Doanboarbeitern einen längeren Urlaub zu erwirken.

### Volkswirtschaftliches.

Im An der Neuregelung der deutsch-französischen Handelsverträge ist die deutsche Regierung dabei der französischen keinen Zweifel daran gelassen, daß sie, falls der Senat den von der Deputiertenkammer beschlossenen gegen die deutsche Einfuhr gerichteten Zollerhöhungen ohne Rücksicht auf die deutschen Beschwerden und Wünsche zustimmen sollte, unverzüglich zu Gegenmaßnahmen schreiten würde. — Wie bekannt, wird dem Reichstage demnächst eine Vorlage unterbreitet werden, die sich auf die Neuregelung der deutsch-amerikanischen Handelsverhältnisse bezieht. Bekanntlich läßt das gegenwärtig zwischen beiden Staaten in Kraft befindliche Handelsprotokoll am 7. Februar ab. — Im schwedischen Reichstage hat die Regierung ein Gesetzesvorhaben, betreffend Verlängerung des deutsch-schwedischen Handelsvertrages eingebracht. — Die Freie Vereinigung für die soziale Verbesserung der Privatangestellten, in der die Pensionistenvereine der Angestellten durch den Ausbau der Invalidenversicherung unter voller Wahrung der Eingetragenen anderer staatlichen Versicherungswesen erfaßt, hat sich in einer gut besuchten Versammlung mit den neuesten Verhandlungen des Deutschen Reichstages und der bekannten Rede des Staatssekretärs Delbrück beschäftigt. Die „Freie Vereinigung“ beabsichtigt in der nächsten Woche in Berlin eine große öffentliche Versammlung zu veranstalten, um gegen die weitere Verschleppung der Versicherungsfragen zu protestieren und eine Erweiterung der Invalidenversicherung gegenüber der Veranlassung über die Reichsversicherungsordnung zu verlangen.

### Vermischtes.

\* (Das Hochwasser in Frankreich.) Dienstag abend ist der Befehl gekommen dem Ingenieur in Paris wieder freigegeben worden. In den Stadtteilen von St. Michel, Montebelle, Lourmelles, St. Berngard und Neuilly-Plaisances können die Einwohner, wenn auch das Wasser zurückgegangen ist, noch nicht in die Häuser zurück, da dieser Schlammschwallen angefüllt hat. Noch immer sind viele hundert Personen in Schulen und Amtsgebäuden untergebracht. Zur Nacht an der Seine herrscht große Not, da die Fabrikarbeiter für lange Zeit nicht insandeln sein werden, da der Betrieb wieder aufzunehmen, so daß Tausende von Arbeitern zu fernern gezwungen sind. Die durch die Katastrophe hausfällig gewordenen Häuser lassen die Behörden abtragen. — Die Seine fällt anhaltend weiter. Bis Mittwoch 7 Uhr morgens ist das Wasser auf insgesamt 1,45 Meter gestiegen. Da in den Straßen, die noch überflutet sind, wegen der geringen Wassertiefe der Bootverkehr wieder eingestellt ist, sind vielfach Brückenstege errichtet worden — Paris, 2. Febr. Bis vormittags 11 Uhr ist die Seine im ganzen 1,52 Meter gestiegen. Die Verbindungen mit mehreren Orten der Umgebung sind noch abgebrochen. Die mit Wasser und Eis bedeckte Vobensfläche umfaßt etwa 1500 Hektar. Eine Spende des deutschen Kaisers für die überfluteten in Paris. Wie die „Nord. Allg. Ztg.“ meldet hat der deutsche Kaiser durch den deutschen Botschafter in Paris Fürsten Radolin der französischen Regierung seine Teilnahme an dem Unglück Ausdruck geben lassen, von dem Paris und Frankreich heimgesucht worden sind. Zur Verringerung der Not hat der Kaiser einen Beitrag von 20000 Mark gesendet. \* (Zyankal als Gegendmittel.) In der an der ungarisch-rumänischen Grenze liegenden Ortschaft Wolje überfiel eine Zigeunerbande die Apotheke, raubte alles, was transportabel war, und entlof. Am nächsten Tage wurden, einem Telegramm zufolge, sämtliche Ärzte der Umgegend nach dem Zigeunerlager berufen, wo 10 Personen in den letzten Tagen lagen, während fast alle übrigen, als noch lebend über allem überliefert. Die Ärzte erkannten sofort, daß die ganze Bande sich mit den geraubten Medika-

menten vergiftet hatte. Sublimat, Arsenik und Zyanalk hatten die Zigeuner ohne Bedenken als Gegendmittel zu sich genommen.

### Reklameteil.

## Miriam

zeigt, was die modernste deutsche Cigaretten-Industrie leisten und bieten kann. :  
Elder orientalischer Tabak!  
Billiger/Preis! Echt mit Firma

### YENIDZE

2 1/2 Pfg. d. St.

Zu haben in den einschlägigend durch Plakate kenntlich gemachten Geschäften.

### Anzeigen.

Für diesen Teil übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortung.

#### Familiennachrichten.

Die glückliche Geburt eines kräftigen Stammhalters zeigen hoch erfreut an

**A. Böttcher und Frau**  
geb. Preuser.  
Merseburg, den 3. Febr. 1910.

#### Todes-Anzeige.

Dienstag vormittags 10 1/2 Uhr verschied nach kurzem, schwerem Krankenlager unsere treue Hausbewohnerin

**Frä. Marie Quersurth**  
im 82. Lebensjahre.  
geb. Rudolf.  
geb. Rudolf.

Zurückgeführt vom Grabe unserer unergötlichen Entschlafenen, der Witwe

**Henriette Raspe**

Können wir es nicht unterlassen, allen Freunden und Bekannten unsern herzlichsten Dank auszusprechen. Insbesondere sagen wir herzlichsten Dank dem Herrn Pastor Wolt für seine trostreichen Worte am Grabe und im Hause. Herzlichen Dank ferner allen denen, die ihr das letzte Geleit gaben. Möge Gott allen ein reiches Vergelten sein.  
Merseburg, den 3. Februar 1910.  
**Die trauernden Hinterbliebenen.**

Am zwölften heute freundliche Wohnung zu vermieten und 1. April bezugsfähig. Preis 180 Mark. Wo? sagt die Erped. d. Blattes.

Eine Wohnung für 72 Mk. kann sofort oder 1. April bezogen werden.  
Erlstraße 15.

#### Wohnung.

Preis 400 Mark, zum 1. April zu vermieten  
Krausener Straße 4.

#### Lagerplatz.

Mitte der Stadt, best. in großem Hofraum, massive Lagerhäuser, nebst Torfahrt, sofort oder 1. April 1910 einkl. mit Wohnung zu vermieten. Preis bitte Offerten unt. 5000 an die Erped. d. Bl.

#### Gutsverkauf.

Ein kleines Bauerntgut, Cotonmiegelschäft und 88 Morgen Feld und Wiese in der Nähe von Dürrenberg soll frankheitshalber verkauft werden. Unterhändler verdienen Offerten zu richten unter **M K 4** an die Erped. d. Bl.

#### 2 Säuferschweine

suchen zum Verkauf  
**Otto Philipp, Tierarzt Werder.**  
Carl Gieseguth, Sternstrasse 10.  
Halle a. S. Tel. 3012.  
Kaufm., gewerbli., gewerkschaftl. Fachführung, Stenographie, Maschinenschreiben, veltelnd. Kontorpraxis, Blasenröhrchen.

### Danksagung.

Für die uns anlässlich des Heimganges meines lieben Mannes, unseres unvergesslichen teuren Vaters,

## Schleusenmeister Karl Schütz,

in so überaus reichem Masse erwiesene Teilnahme sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichsten Dank.

### Die trauernden Hinterbliebenen.

Für die viele wohlthuende Teilnahme an unserm herben Verluste sagen allen herzlichsten Dank

**Auguste Bahndorf geb. Schütze.**  
**Wanda Erzkus geb. Schütze.**  
**Richard Erzkus.**

Merseburg, den 3. Februar 1910.

Die Beerdigung des Ingenieurs

## Carl Kiesow

findet Freitag nachmittags 4 Uhr von der Kapelle des Altenburger Friedhofes aus statt.

### Für Gastwirte und Flaschenbierhändler

hält Bieranmeldungs- u. Nachweisungsformulare, sowie Lagerbücher stets vorrätig  
Büchdruckerei **Th. Rössner,**  
Merseburg, Elgerstr.

### Eine Damenmaske

zu verleihen **Markt 14, Sof.**

### Süßchen russischen Salat

empfiehlt **C. L. Zimmermann.**  
Empfehle prima Rindfleisch sowie Donnerstag abend und Freitag frische Rindstücken.  
**Ramann, Gothardstraße**

### Plüsch ist und bleibt der beste Sofabezug

in best und glattfarbig, mod. Muster, direkt und billigst zu beziehen vom  
Vorsand **Paul Thum, Chemnitz Sa.**  
Kustler-Br. gegen freie Rücksendg.

## Leuna.

Gasthaus zum heitern Blick.  
Sonntag den 6. Februar und Dienstag den 8. Februar  
**große Saftnachtsfeier.**  
Es laden freundlichst ein  
**Die Saftnachtsgesellschaft.**  
Ernst Eigner.

### Kaiser-Wilhelms-Halle.

Sonntag den 6. Februar  
**Käppel-Abend mit Ball.**  
Hierzu ladet freundlichst ein  
**1. Merseburger Bandenion-Klub.**

### Gächstlicher Hof.

Sonntag den 6. Februar, nachmittags 3 Uhr.  
Fortsetzung des Preiskegels sowie Stechen und Preisverteilung.  
**F. B. E. Thierbach.**

### Restaurant und Café Zum Roland.

Gr. Sixtistr. 7. Gr. Sixtistr. 7.  
**ff. echt Kulmbacher Lagerbier**  
(F. Gellner).  
**Chico Damenbedienung.**  
Heute Freitag  
**Schlachtfest.**  
**Otto Lintzel, Clobigauer Str. 9.**

Ein Fabrik-Sattler, Anfang 28. er Jahre, mit Treibern sowie mit allen Sattlerarbeiten vertraut, sucht zum 1. 3. 1910 in ein. Fabrik oder Werke Stellung. Offerten unter **C 220** an die Erped. d. Bl. erbeten.

### Vernende

für elegante und einfache Damenschneiberet sucht **L. Meidel** vor dem Strifur 1.  
Suche per sofort oder später ein kräftiges Dienstmädchen und zum 1. April einen  
**Hausburschen.**  
**Anna Engel, Weissenfelder Str. 7.**  
Gesucht mehrere  
**junge Mädchen**  
für leichte Lohnende Arbeiten in der Fabrik.  
**C. W. Julius Blauke & Co.,**  
G. m. b. H.

Zum 1. März oder 1. April ein tüchtiges nicht zu junges  
**Mädchen**  
mit einiger Kenntnis im Kochen gesucht. Zweites Mädchen vorhanden.  
Frau Oberlehrer **Dr. Liseo,**  
Wortla 6. Raumburg.

Zum 15. Februar  
**Aufwartung als Aushilfe**  
für den ganzen Tag gesucht.  
**Trost, Nordstraße 4.**

### Reitpfeife

vor dem Erbischen Gasthof in Frankleben gefunden mit der Widmung:  
**„Dem klugen Hans“.**  
Gehört dieselbe vielleicht zum Veritt Grafenber? Gegen Belohnung abzugeben im Gasthaus Erbis zu Frankleben.



# Otto Dobkowitz, Merseburg, 11 Entenplan 11.

## Vom 1. bis 7. Februar Weisse Woche.

Während dieser Zeit aussergewöhnlich preiswerte Angebote in  
**weissen Stoffen aller Art, weisser Konfektion, Wäsche, Aussteuer-**  
**Artikeln.**

### Petersburger Gummi- und Schuhfabrik

empfehlen billigt  
**Aug. Prall, Burgstraße.**  
 Reparaturen.

### Freiwillige Geneserwehr.

**II. (Pionier-)Kompagnie.**  
 Montag den 7. d. M.  
 abends 8 1/2 Uhr,  
**Versammlung**  
 im Gasthof „Alte Post“.  
 Alle Mannschaften müssen  
 zur Stelle sein.  
**Das Kommando.**

### Krankenpfleger im Kriege.

Freitag den 4. d. M., abends  
 8 1/2 Uhr,  
**Übung in der Turnhalle.**  
 Der Vorstand.

### Eugl. Männer u. Jünglingsverein.

Sonntag den 6. Februar im Vereinshaus  
**1. Generalversammlung.** Vor-  
 standswahl.  
**2. Vortrag** des Herrn Mittelkühlhebers  
 Walpert hier:  
**Das Gas.**  
 Gäste sind willkommen.  
 Der Vorstand. Werthe, Pastor.



Sonabend den 5. Februar, abends  
 8 1/2 Uhr,  
**Monats-Versammlung.**  
 Zahlreiches Erscheinen erwünscht.  
 Der Vorstand

### Frauenhilfe des Neumarkts.

**Familien-Abend**  
 zur Feier des 1. Jahresfestes  
**Sonntag den 6. Februar d. J.,**  
 abends 8 Uhr,  
 im „Aergarten“.  
 Durch Mitglieder eingeführte Gäste sind  
 willkommen. Der Vorstand

**Gesellschafts-Verein**  
**„Wilde Bande“.**  
 Sonntag den 6. Februar, von  
 nachmittags 3 Uhr an,  
**großes Kappen-Fest**  
 im Kaffeehaus Meuschau  
 verbunden mit  
**Tänzen.**  
 Gäste willkommen.  
 Der Vorstand.

**Bergschenke.**  
 Sonntag den 6. Februar ladet zum  
**Pflaumenkuchenschmaus und Ball**  
 freundlichst ein  
**F. Ohme.**

### Z. B. „Nothstein“ G. B.

hält Sonntag den 13. Februar von abends  
 8 Uhr an im „Casino“ seinen großen  
**humoristischen Abend,**  
 bestehend in  
**Konzert, humorist. Unterhaltung,**  
**Tanzreigen-Aufführungen,**  
**Theater und Ball**  
 ab. Freunde und Gönner herzlich willkommen. Der Vorstand.

**Bürgergarten.**  
**(Neues Schützenhaus.)**  
 Sonnabend den 5. Februar bleiben sämtliche Räume des Clubstie-  
 mens für die Merseburger Ruder-Gesellschaft reserviert.  
**Jul. Quellmalz.**

Neu renoviert. Neu renoviert.

## Gasthof „Alte Post“.

Zuh. Otto Hirschfeld.

### Ausichant

der beliebten Schultheißbiere.

Schultheiss-Monopol <sup>4</sup>/<sub>10</sub> 25 Pf.  
 Schultheiss-Versand <sup>4</sup>/<sub>10</sub> 20 Pf.  
 Schultheiss-Märzen (hell) <sup>4</sup>/<sub>10</sub> 15 Pf.  
**Schultheiss Bock (vorzüglich. Bräu)** <sup>4</sup>/<sub>10</sub> 15 Pf.

**H. Küche H.**  
 Gast- und Logierhaus. Vereins- u. Gesellschafts-  
 zimmer. Ausspann.

Neu renoviert. Neu renoviert.

## Das Geheimnis,

sein Leben zu verlängern, besteht nur in vernünftiger Lebensweise! Dazu gehört auch, dass man auf Bohnenkaffee verzichtet und statt dessen ein geeignetes Ersatzgetränk wählt. Ein solches ist Seelig's kandiierter Kornkaffee, der sich durch grosse Kaffeefählichkeit, angenehmes Aroma, hohen Nährwert und billigen Preis auszeichnet. Das Halbpfund-Paket, ausreichend für 30-35 Tassen, kostet nur 20 Pfg. Gratisproben und Niederlagen-Verzeichnisse durch Emil Seelig A.-G., Heilbronn a. N.

### Thüringer Hof.

Barriere Soal rechts.  
 Täglich  
**Konzert des Damenorchesters „Albina“.**  
 Entree frei.

### Kubolds Restauration.

**Schlachtfest**  
 Heute  
**großes Schlachtfest.**  
 10 Uhr Weiskaffee. Nachm. fr. Bock.  
**S. Steyer, Sand 22.**  
 Heute Freitag  
**Schlachtfest!**  
**Fr. A. Sommer, Gr. Ritterstraße 1.**  
 Freitag  
**Schlachtfest.**  
**C. Steger, Weichenfelder**  
 Straße 40.

**Ausbessern u. Aufhängeln**  
 sowie jede Makararbeit  
 wird sauber und billig ausgeführt.  
**R. Lehmann,**  
 Ecke Brühl und Delgrube, 1.  
**Ginen Vehrting**  
 sucht zu Othern  
**Paul Kratensch, Malermeister,**  
 Neumark-Strada.

Ich suche zum 1. April oder auch früher  
**ein Hausmädchen**  
 mit guten Zeugnissen, welches schon in  
 besseren Häusern gedient hat.  
 Frau Geheimrat **Wrede, Dallische Str. 29.**  
 Junges Mädchen, welches Othern die  
 Schule verläßt.  
**als Aufwartung**  
 am Hüteausstragen für einige Stunden  
 täglich sofort arbeitsfähig.  
**Kleine Ritterstraße 11 im Laden.**  
 Sonntag abend in der Gotthardtstraße  
**eine goldene Brosche verloren.**  
 Abzugeben **Heinberg 2.**

Es gingen ein für die Armenkassen:  
 Fel. Sube 2 Mt., Frau Zeitliche 6 Mt.,  
 G. G. 6 Mt., Frau Wiantenburg 10 Mt.,  
 Fel. G. B. 3 Mt., Frau von Neben 8 Mt.,  
 Beschw. Fel. Wegener 8 Mt., Frau Winkler  
 10 Mt., Herr Fleischermeister Kellermann  
 Wurf und Windfleisch, Herr Kaufmann  
 Frommer 1 Ar. Graupen.

### Schluss

der  
**Anzeigen-Aannahme**  
 für den „Correspondent“  
**9 Uhr vormittags.**  
 Im Interesse der Auftrag-  
 geber bitten wir um gefl. Be-  
 achtung dieser Schlusszeit.  
**Größere Anzeigen**  
 wolle man am Tage vorher auf-  
 geben.  
 Gleichgültig teilen wir mit,  
 daß die Expedition von abends  
**7 Uhr ab geschlossen ist.**  
 Expedition  
 des „Merseburger Correspondent“.

Hierzu eine B.ilage.



Die Niederlage der Antisemiten in Eisenach

Am den Herren sehr unerwartet. In ihrem grenzenlosen Mangel an Selbstvertrauen scheinen sie tatsächlich geglaubt zu haben, daß sie dort noch etwas ausrichten könnten. Die letzten Nummern der „Deutsch-Sozialen Blätter“ sind voll von profanen Verhöhnungen und von Verhöhnungen des bürgerlichen Gegenkandidaten. Dabei haben es die Antisemiten in der Metropole des Wahlkreises, in der Stadt Eisenach, auf ganze 386 Stimmen gebracht, während Dr. Appelius immerhin 2410 und der Sozialdemokrat Leber 3573 Stimmen erzielte! Auch die 17 Versammlungsreden des „Generalsekretärs“ Penningfen an einem Tage haben das erschöpfende Feuer der antisemitischen Demagogie nicht mehr zum Ausflackern gebracht. — Sehr richtig sagt die freisinnige „Eisenacher Tagespost“ die Lehren des Wahlergebnisses wie folgt zusammen:

„Wäge der Ausweg der Reichstagswahlkampf in unserem Wahlkreise für alle, die es angeht, eine Zukunftslehre sein, mögen sich vor allem die rechtsstehenden Parteien darüber klar werden, daß sie dem gesamten Liberalismus gegenüber eine kleine Minorität sind. Bedenke man die für den Sozialdemokraten abgegebenen Stimmen zusammen, so hat man eine Wählerschaft von rund 1600 Stimmen der Linken gegenüber einem Häuflein von kaum 4000 Wählern, die rechts stehen. Und dabei sind bei den Rechtsstehenden noch 1600 Zentrumstimmen mit eingerechnet. Also eine Minorität von etwa 2800 antisemitisch-konfessionell-bürgerlich-agrarischen Wählern ist es, die den Vortritt auf unsern Wahlkreis erreicht. Ein Vortritt, der durchaus ungenügend ist. Will man also in Zukunft nicht wieder den Sieg der Sozialdemokratie in direkter oder indirekter Form, dann darf man nicht den Liberalismus und den Freisinn, wie es in unserem Lande geschehen ist, durch eine standstillige Vergebung verdrängen, sondern man muß sich ernstlich fragen, daß in einem Wahlkreise, dessen Bevölkerung so sehr nach links weicht, ein Erfolg der bürgerlichen Parteien nur möglich ist, wenn ein weit links stehender Freisinniger von vielen die gebührende Unterstützung erhält. Sind die Leute, die den Patriotismus immer im Munde führen, wirkliche Patrioten, so werden sie diese Gesichtspunkte für die Zukunft nicht außer acht lassen dürfen.“

Die Deutsch-Sozialen scheinen übrigens einzusehen, daß im Westen Deutschlands ihre Rolle ausgepielt ist. Und so scheinen sie jetzt nach dem Osten hauffieren gehen zu wollen, wo man sie noch nicht so gut kennt. In den letzten „Deutsch-Soz. Bl.“ wird ein östlicher Vertreter nach Berlin einberufen, auf dem die Organisation in den Provinzen Brandenburg, Pommern, Posen, Ost und Westpreußen, sowie Schlesien „ausgebaut“ werden soll. „Freunde, zeigt, daß wir marschieren!“ so heißt es in dem entsprechenden Aufsatz. Wir glauben ja auch, daß sie marschieren, aber — nach rückwärts!

Deutschland.

(Die Finanzbehörden gegen Umgehungen der Zündwarensteuer.) Gegen die Veruche einer Umgehung der Zündwarensteuer gehen die Finanzbehörden streng vor. Wir hatten berichtet, daß das Reichsfinanzamt eine Art von Zündholzfabrik fürs Haus, die unter dem Namen Galopp in den Handel gebracht worden ist, für steuerpflichtig erklärt hat. Dieser Maßnahme schließt sich jetzt der preussische Finanzminister an. Er ersucht die Oberzolldirektionen, die nachgeordneten Stellen von der Steuerpflichtigkeit der zu dem Apparate gehörenden Hölzer in Kenntnis zu setzen. Es soll dafür Sorge getragen werden, daß die Hölzer versteuert werden, falls sie etwa aus einer inländischen Zündwarenfabrik bezogen oder aus dem Auslande eingeführt werden sollten. Wenn von ähnlichen Veruchen zur Umgehung der Zündwarensteuer etwas bekannt werde, solle alsbald an den Minister berichtet werden.

(Für den Reichstagswahlkreis Jena) ist von den liberalen Organisationen desselben als gemeinsamer Kandidat der vereinigten Liberalen für die nächste Wahl Herr Dorelbrer Dr. Verschofen-Jena in Aussicht genommen worden. Diese Kandidatur wird uns als eine sehr glückliche bezeichnet, da Dr. Verschofen bei den letzten Landtagswahlen besonders auf dem Lande große agitatorische Erfolge erzielte, die sich auch in dem Ergebnis der Wahlen dokumentierten. Man rechnet damit, daß es gelingen wird, den nunmehr „wild“ gewordenen Abg. Lehmann zu werben, der sich bei der Neuwahl wohl nur auf die Wähler wird stützen können, während die Nationalliberalen sich vorwiegend für die Kandidatur Verschofens entscheiden dürften.

(Zu erregten Auseinandersetzungen) kam es in der Sitzung der Schönbeurger Stadtverordnetenversammlung am Montag. Die Stadtverordneten hatten vor einiger Zeit beantragt, daß der Magistrat der Frage der Einführung der Stadtverordnetenwahlen an einem Sonntag näher treten solle. In der Sitzung am Montag teilte der

Magistrat mit, daß er diesem Antrag nicht entsprechen könne. Von sozialdemokratischer Seite wurde hierauf folgender Antrag gestellt: Die Stadtverordnetenversammlung kann die Ansicht des Magistrats, daß der § 23 der Städteordnung die Bestimmung der Wahltag des Magistrats zur selbstständigen Entscheidung überlasse und ein Mitbestimmungsrecht der Stadtverordneten ausschließe, als richtig nicht anerkennen. Sie ersucht den Magistrat, die Frage in Erwägung zu ziehen, und behält sich vor, im Falle der Magistrat auf seiner Ansicht beharren sollte, im Rechtsverfahren die Angelegenheit weiter zu verfolgen. Der Antrag, dem Anlaß zu lebhafter Debatte gab, wurde schließlich angenommen.

(Die Wahlrechtsänderungen in Braunschweig.) In Braunschweig wird jetzt eine amtliche Darstellung der Vorgänge am Abend der Wahlrechtsdemonstrationen gegeben. Es heißt darin, daß die Beamten erst nach mehrmaliger Aufforderung mit blanker Waffe vorgegangen seien. Inwieweit dabei Unbeteiligte in Mitleidenhaft gezogen worden seien, muß erst die geleitete Untersuchung ergeben. Schon jetzt aber steht fest, daß die Behauptung der sozialdemokratischen Presse, die Beamten hätten einen Schuß als Angriffszeichen abgegeben, unwahr ist, denn die Beamten sind an dem Tage nicht mit Schusswaffen, sondern lediglich mit dem Säbel ausgerüstet worden; zum Waffengebrauch sollte erst dann geschritten werden, wenn hartnäckiger Widerstand oder tätliche Angriffe abgewehrt werden müßten. Als unmaß hat sich ferner die Behauptung herausgestellt, daß einem Bezahlung von einem Beamten ein Arm abgehauen oder daß ein Bezahlung von einem Beamten zu Boden geworfen sei und sich dabei den Arm gebrochen habe. Der betr. Bezahlung ist ermittelt und hat erklärt, daß er an einer Stelle, an der kein Zusammenstoß stattgefunden habe, umgestoßen worden sei und dabei sich den linken Unterarm gebrochen habe. Mit einem Polizeibeamten sei er überhaupt nicht zusammengetroffen.

Parlamentarisches.

— Die die „Nordd. Allg. Zig.“ an der Spitze des Blattes mittelst, hat der König am Mittwoch dem Präsidenten des Staatsministeriums und den Ministern der Justiz und des Innern die Ernächtigung erteilt, den Entwurf eines Gesetzes zur Abänderung der Vorschriften über die Wahlen zum Hause der Abgeordneten dem Landtage vorzulegen.

— Die Justizkommission des Reichstags beschloß die Ausdehnung des § 193 des Strafgesetzbuchs betreffend Verletzung des Telegraphengeheimnisses auch auf das Telephon.

— Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses erledigte am Dienstagabend den Etat des Ministeriums des Innern. Die Kommission schloß von der Besprechung aus die Wahlrechtsreform, die Verwaltungsreform, die Reorganisation der Reichsämtern, die Reorganisation und die Errichtung von Jugendverbänden. Eine längere Diskussion entstand über die Vererbung der Polizeigehälter. Der Minister machte eingehende Darlegungen über die Art und den Nutzen dieser Einrichtung und stellte der Kommission eine Vorführung von Polizeihunden in Aussicht. Auf eine Anfrage des Berichterstatters erklärte der Minister, daß die Angliederung der Mitglieder an die Abteilung des Innern in diesem Jahre noch nicht erfordere. Ein Zentrumsgesandter erhebt auf eine Anfrage den Wunsch, daß Gehe über die Feuerlozisten und über den Arbeitsmangel für arbeitslose Unterhaltungsbedürftige in Vorbereitung seien. Von einem freisinnigen Kommissionsmitglied wurde lebhaftest Klage geführt über die schwere Belastung, die den Kommunalverbänden durch die Unterbringung von gekrankten Verurteilten auferlegt werde. Ein Regierungsvertreter antwortete diese Beschwerde vom prinzipiellen Standpunkt als berechtigt an, nie aber darauf hin, daß ein anderer Weg zurzeit nicht gangbar sei, wenn nicht die Öffentlichkeit durch diese Elemente schweren Schaden erleiden soll. Von national-liberaler und freisinniger Seite wurde gefordert, daß in der lokalen Handhabung des Vereinsgesetzes Preußen hinter andere Bundesstaaten zurückbleibe. In a Engländer, der als Mitglied einer Friedensgesellschaft nach Deutschland gekommen war, auf Grund des Sprachenparagraphe verurteilt worden war, eine englische Rede zu halten. Der Minister erwiderte, daß sein Vortreten auf eine lokale Durchsührung des Gesetzes gerichtet sei. Beschwerden seien nur in der Minderzahl eingegangen. Jeder Feltungsnotz könne er nicht nachgeben. In Kiel habe man Antrag für die Annahme gehabt, daß es sich um sozialdemokratische Befreiungen gehandelt habe, die wegen des damals in Schweden herrschenden Generalstreiks besonders gefährlich gewesen seien. Von liberaler Seite wurde diesen Ausführungen lebhaft widersprochen. Es wurde darauf verwiesen, daß es nicht Sache einer Staatsregierung sei, Beschwerden abzuwarten, daß sie vielmehr aus sich heraus auf eine verständliche und große Handhabung der Gesetze hinarbeiten müsse. Ein national-liberaler Kommissionsmitglied fragte den Minister, wie es um das Beamtengesetz und um ein Feuerbekämpfungsgesetz stehe. Der Minister erwiderte, daß ein Beamtengesetz noch nicht in Bearbeitung sei, während die gefällige Regelung des Feuerbekämpfungsgesetzes gegenwärtig noch Gegenstand von Verhandlungen sei. Ausführlich wurde das Kapitel der Gefährlichkeitsarbeit behandelt. Ein Regierungsvertreter stellte fest, daß eine Zeitigkeit für andere als Staatszwecke in unzureichendem Umfang nicht mehr stattdessen. Gang zu entdecken ließe sich, da eine zureichende Beschäftigung der Gefährlichen durchaus notwendig sei, um sie nach der Entlassung nicht wiederum auf die Bahn des Verbrechens zu düngen. Auf die Frage, ob ein Gesetzentwurf wegen des Einflusses von Armenunterstützung auf das Wahlrecht entsprechend zu einem Beschluß des Abgeordnetenhauses zu erwarten sei, wurde geantwortet, daß hierüber noch Verhandlungen zwischen den einzelnen Ressorts hingen. Es handle sich hier keineswegs nur um das Landtagswahlrecht, sondern auch um andere kommunale Wahlrechte, so daß nur mit größter Vorsicht vorgegangen werde.

wesens gegenwärtig noch Gegenstand von Verhandlungen sei. Ausführlich wurde das Kapitel der Gefährlichkeitsarbeit behandelt. Ein Regierungsvertreter stellte fest, daß eine Zeitigkeit für andere als Staatszwecke in unzureichendem Umfang nicht mehr stattdessen. Gang zu entdecken ließe sich, da eine zureichende Beschäftigung der Gefährlichen durchaus notwendig sei, um sie nach der Entlassung nicht wiederum auf die Bahn des Verbrechens zu düngen. Auf die Frage, ob ein Gesetzentwurf wegen des Einflusses von Armenunterstützung auf das Wahlrecht entsprechend zu einem Beschluß des Abgeordnetenhauses zu erwarten sei, wurde geantwortet, daß hierüber noch Verhandlungen zwischen den einzelnen Ressorts hingen. Es handle sich hier keineswegs nur um das Landtagswahlrecht, sondern auch um andere kommunale Wahlrechte, so daß nur mit größter Vorsicht vorgegangen werde.

Provinz und Umgegend.

† Naumburg, 3. Febr. In den Tagen vom 9. und 10. Mai hält der Provinzialverband der Berliner Mission hier sein Missionsfest ab.

† Bad Kösen, 3. Febr. Zum Grundbesitz für ein neu zu erbauendes Krankenhaus justete Frau Julia Kumbach hier 12000 Mark.

† Schulvortra, 3. Febr. Die Landesschule konnte die Klostergut Bernhards in hiesigen Kreise, das sie schon in frühe en Jahren einmal eigentümlich besaß.

† Feib, 3. Febr. Die Stadtverordneten beschloßen in ihrer letzten Sitzung die Entlastung der Kammerrechnungen für 1908, die mit 1359306 Mk. abschließen, und der Sparkassenrechnung für 1908, die einen Reingewinn von 223045 Mk. und einen Gesamtumsatz von 16153244 Mk. aufwies, und nahmen dann die Errichtung einer Verkehrsdeputation an. Dann begann man mit der Beratung der neuen Haushaltspläne für 1910/11.

† Erfurt, 2. Febr. Gestern abend erschien der obdachlose 37 Jahre alte Arbeiter Kietzer in der Wohnung seiner Frau und verlangte, bei ihr aufgenommen zu werden. Als die Frau sich weigerte, dem arbeitslosen Menschen Unterschlupf zu geben, ließ dieser von einem Stuhle ein Bein ab und schlug damit blindwütend auf die Frau ein bis sie blutüberströmt am Boden lag und sich nicht mehr rührte. Bald darauf erschien ein Polizeibeamter am Tatort und wollte Kietzer festnehmen. Der gefährliche Mensch hatte schon zum Schläge auf den Kopf des Polizeisergeanten ausgeholt, als der den Beamten begleitende Polizeihund an dem Rohling emporsprang und ihn entwarf. Heraus konnte Kietzer verhaftet werden. Die Verletzungen der Frau, die sofort ins Krankenhaus gebracht werden mußte, sind sehr schwer. Der rechte Arm ist ihr samt dem Knochen gänzlich entzweit geschnitten, außerdem hat die Unglückliche bedenkliche Verletzungen am Genick und einem schweren Schädelbruch erlitten. Es ist wenig Hoffnung vorhanden, sie am Leben zu erhalten.

† Bitterfeld 3. Febr. Der Haushaltsplan des Bitterfeld für 1910 wurde von den Stadtverordneten auf 76500 Mk. gegen 75000 Mk. des Vorjahres festgesetzt. — Der Haushaltsplan für die Volksschulkasse beträgt in Einnahme und Ausgabe 167700 Mk. und ist gegen das Vorjahr um 36600 Mark gefallen. Aus der Stadthauptkasse ist ein Zuschuß von 128100 Mk. erforderlich. — Der Haushaltsplan der Armenkasse wurde auf 18850 Mk. und der der Fortbildungsschule auf 11200 Mk. festgesetzt. — Die hiesige Stadtparke wurde vom 1. April ab von der Stadthauptkasse abgetrennt und daran ein besonderer Rentant und Kontrollleur angestellt. — Die Einwohnerzahl unserer Stadt betrug am 31. Dezember 1909 14466 Personen.

† Halberstadt, 2. Febr. Ein bedauerenswerter Unglücksfall ereignete sich in der Turnhalle der zweiten Seminarstufe. Freigewordener Dilsellustante führte ein Seminarist so unglücklich vom Barren, daß er eine schwere Kopfverwundung und eine leichte Gehirnerschütterung davontrug. Zur Einübung war „die Koll“ vorwärts vorgeführt. Der Seminarist konnte sich jedoch nicht auf den Armen halten und stürzte gegen die mit Eisen beschlagenen Säulen des Barrens.

† Hildesheim, 2. Febr. Die Wasserluche mit der „Wünschelrute“ aus dem Eichenfeld durch den Vandalen A. v. Wilow Vorkamp ist nun endgültig aufgegeben worden, nachdem alle neuen Bohrungen erfolglos geblieben sind. Am Schluß der neuen Woche sind die Arbeiten, die etwa 30000 Mark gekostet haben (3000 Mk. hatte die Regierung zugeführt) und rund 4 Jahre dauerten, eingestellt worden. Man geht jetzt daran, die letzten Vorbereitungen für die große Zentralwasserleitung für die eisenbüchsen Bödenbüder zu erledigen, die rund 500000 Mark kosten wird.



† Eilenburg, 3. Febr. Der verstorbene Bankier Paul Hauke hat in seinem Testament der Stadt Eilenburg 30000 Mark mit der Bestimmung vermacht, daß die Hälfte der Zinsen dieses Kapitals für gemeinnützige Zwecke verwendet und an unverschuldet in Not geratene, keine Armenunterstützung genießende Einwohner ausbezahlt werden soll. Ein Viertel der Zinssumme soll gemeinnützigen Anlagen zugute kommen, das andere Viertel dem Kapital zugewandt werden. Weiter hat der Verstorbene je 5000 Mark der Marienkirche, der Wogen- und der Büchsenhütten-Gesellschaft vermacht. Zu seinen Begehren hat er schon der hiesigen Freimaurerloge „Zur Eule auf der Warte“ 10000 Mark überwiesen. Der Erbschaft, der seine Leibeserben hinterließ, hat bestimmt, daß die in dem Testament genannten Summen zwei Monate nach dem Tode seiner Ehefrau zur Auszahlung gelangen sollen.

† Hebernünden, 2. Febr. Ein Spitzbubengelage. In eine hiesige Wirtschaft verschafften sich nächstherweise Spitzbuben Zutritt. Sie gerieten in ein Gastzimmer, wo sie Weine, Biere, Säfte usw. vorfanden. Man veranstalteten sie eine gemündliche Kneiperei, bei der auch der Sekt nicht fehlte. Speisen wurden aus dem auf dem Tische stehenden Geschirre entnommen. In ihrem Zügel mußten aber die Spitzbuben den Zweck ihres Besuches ganz vergessen haben, denn sie haben weder Geld noch sonstige Wertgegenstände mitgenommen. Von der Kneiperei, die mehrere Stunden gedauert haben muß, haben die in tiefem Schlaf liegenden Hausbewohner nichts gemerkt. Ein herbeigeholter Polizeigang verfolgte die Spur bis zum Bahnhof. Dort verlor sie sich.

### Lokalnachrichten.

Merseburg, den 3. Februar 1910.

\*\* Befähigt. Die Wahl des bisherigen Stadtrats Dr. jur. Paake hier zum Bürgermeister unserer Stadt ist vom König auf die gesetzliche Amtsdauer von 12 Jahren bestätigt worden. Die offizielle Einlassung des Bürgermeisters in sein Amt wird voraussichtlich durch einen Vertreter der hiesigen Königl. Regierung in der nächsten Stadtverordnetenversammlung am Montag erfolgen.

\*\* Ertrag der Briefmarken durch Stempel. Der Ertrag der Briefmarken durch Barzahlung bei der Auslieferung der Briefsendungen ist in einigen Ländern, z. B. in England, eingeführt. Bei der Einföhrung entrichtet man das gesamte Porto bar. Die Post versteht die so frankierten Sendungen mit einem besonderen Stempel. Es handelt sich also eigentlich um einen Ertrag der Marken durch einen Stempel, der auf der Sendung selbst angebracht wird. Die Reichspostverwaltung hat sich bisher für dieses Verfahren niemals entschieden. Besonders die Kontrolle des zu verwendenden Stempels muß besondere Schwierigkeiten. Vom 1. Febr. an ist aber auch in Deutschland ein Versuch mit der Barzahlung gemacht worden. Die bayerische Postverwaltung hat sie zunächst für die Unter Rhoden 2 und Nürnberg 2 versuchsweise zugelassen und zwar für alle gewöhnlichen Briefsendungen. Die bar frankierten Sendungen werden mit einem grünen oder roten Maschinenfrankostempel bedruckt, der die Angabe des bezahlten Frankobetrages enthält. Das Reichspostamt hat jedoch die Postanstalten seines Gebietes von dem neuen Verfahren in Kenntnis gesetzt.

\*\* Große Verluste für Wienzüge. In den Winterstunden herrscht gegenwärtig fast allerwärts Revolution. Da im Herbst ein strenger Winter angekündigt war, so haben die Wienzüge dieser Wälder besonders warm verpackt. Durch das warme Winterwetter wird die Temperatur in den Stößen besonders gesteigert, die Wälder werden, wie der technische Ausdruck lautet, „wildbrausend“, und zahllose Wienener gehen hierdurch zugrunde. Die jetzt freistehenden Wienener sind Ausreißer, die beim Nachschub des Stoffs durch den Zimper den Weg ins Freie fanden, den Flug in die weite Welt aber bald mit dem Tode büßen müssen.

\*\* Die Schuhpreise werden höher! Mit Rücksicht auf den abnorm hohen Stand der Lederpreise hat der nach Berlin berufene Hauptausschuß des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten nebst den Delegierten seiner Zweigverbände beschlossen, unverzüglich eine weitere Erhöhung der Verkaufspreise für Schuhwaren aller Art durchzuführen. Der Bezem der Weiskenscher Schuhfabrikanten hat diese Erhöhung bereits vor einigen Wochen beschlossen und inzwischen durchgeführt.

\*\* Quittungskarten minderjähriger Belehene. Die Handwerkskammer bringt zur Kenntnis, daß der Regierungspräsident auf ihr Verlangen folgende Beschlüsse an die Landräte und die Magisträte der Städte mit über 10000 Einwohnern erlassen hat: „Die Handwerkskammer ist bei mir vorstellig geworden, dahin zu wirken, daß nicht gelernte Minderjährige bei der Ausstellung von Inwaldequittungskarten nicht als Gesellen bezeichnet werden. Die Ausstellung

von inhaltlich richtigen Quittungskarten sei für das Handwerk, namentlich in der Großstadt, nicht unwichtig, da nicht selten die Karte von dem Inhaber als Legitimation benutzt werde. Rechtlich begründet ist dieser Antrag damit, daß nach § 184 des Javalidens-Versicherungs-Gesetzes nicht falsche Eintragungen in die Quittungskarte gemacht werden dürfen. Um künftig zu vermeiden, daß sich ungelernete Arbeiter als gelehrte ausgeben, und entlaufene Lehrlinge, die nicht die vorgeschriebene Gesellenprüfung bestanden haben, sich als Gesellen oder Kura als Fleischer, Bäcker u. dgl. statt als Arbeiter bezeichnen, ordne ich an, daß die Quittungsausgabestellen von minderjährigen, angeblich im Handwerk beschäftigten Personen bei der Ausstellung oder dem Umtausch von Quittungskarten stets die Vorlage des Arbeitsbuchs (§ 107 R. G. D.), aus dem die genaue Berufsstellung zu ersehen ist, verlangen.“

\*\* Zivilsupernumerare bei der Eisenbahn. Vom 1. April dieses Jahres ab werden wieder Zivilsupernumerare von nicht zum gewöhnlichen Staats-Eisenbahnen einberufen. Diese Supernumerare sind seit dem 1. April 1907 mit Rücksicht auf geplante Reformen in der Verwaltung der Staatsbahnen gesperrt.

\*\* Gemeinschaftlicher Fuß- und Betttag in ganz Deutschland. Die Einführung eines gemeinschaftlichen Fuß- und Betttages ist ganz Deutschland weit von den maßgebenden Behörden zuerst ernstlich erwogen, zumal die Verhältnisse in den Bergwerken immer häufiger herabzutraten, die neuerdings in weiteren Kreisen beobachtet wurden und zu lebhaften Klagen geführt haben.

\*\* Viel Beunruhigung ist hier in der Kreise einer ganzen Anzahl Steuerzahler, die sich selbst einzuschreiben haben, durch ein Schreiben der hiesigen Einkommensteuer-Veranlagungskommission hervorgerufen worden, worin dieser Art und Weise mitgeteilt wird, daß die verspätete Abgabe der Steuererklärung gemäß § 81 des Einkommensteuergesetzes einen Zuschlag von fünf Prozent der veranlagten Einkommensteuer zu entrichten haben. Die Festsetzung des Zuschlages unterbleibt, wenn, wie es weiter in dem Schreiben heißt, Umstände vorliegen, welche die Verminderung der bezüglichen Abgabe der Steuererklärung entschuldigen würden. Diese müssen binnen einer Woche dem Vorsitzenden der Veranlagungskommission mitgeteilt werden. Das Schreiben ist gedruckt, also muß wohl eine ganze Reihe von Steuerzahlern mit dieser Antündigung beglückt worden sein. Bei den meisten derselben handelt es sich aber nicht um eine Verminderung, sondern nur um eine ausbleibend irrige Ansicht über den Gehalt der Abgabe ihrer Steuererklärung. Auf dem überbrachten Formulare steht kein Aufgeheißt als solcher der 12. Januar, dagegen wurde amtlich öffentlich wiederholt bekanntgegeben, daß der 20. Januar, wie fast Jahren, als Endtermin zu gelten habe. Fast alle Personen, die obiges Schreiben erhielten, richteten sich nach der öffentlichen Bekanntmachung und des umsonst, als dieselbe nichts darüber enthält, daß die Abgabe der Steuererklärung die Einführung bereits am 12. Januar ohgesehen habe. Wenn also hierin Unklarheit entstanden ist, dürfte der Veranlagungskommission die Schuld hieran zu einem großen Teil selbst beizumessen sein. Es wäre ihre Pflicht gewesen, wenn sie Änderungen in dem Endtermin einsehen wollte, dies öffentlich bekannt zu machen. Dies ist leider nicht geschehen. Andererseits sind die Steuerzahler nicht von jeder Schuld freizusprechen, da sie sich nach deren aufgeschriebenen Festsetzung des Abgabetermins zu richten hatten. Als Antwort auf die verschiedenen Anfragen und Zuschriften in dieser Angelegenheit können wir nur dazu raten, diese besonderen Umstände der Veranlagungskommission rechtzeitig mitzuteilen. Werden die betreffenden Angelegenheiten, so ist der Steuerzuschlag wohl nicht zu ändern, aber man wird sich dem beschwerdebefähigten an den Regierungspräsidenten wenden können. Vielleicht sieht sich auch die Veranlagungskommission veranlaßt, mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit zu treten und ihr Vorgehen eingehend zu begründen.

\*\* Merseburger Musikverein. Im Schloßgarten Salon land gestern Abend das erste Künstlerkonzert dieser Saison fand, zu dem sich eine zahlreiche Zuhörerschaft eingefunden hatte. Die Künstler des Abends, die Herren Professor Moriz Mayer-Mahr und Professor Bernhard Dessau aus Weimar brachten zu unserer besonderen Freude auch zwei Nummern für Kammermusik, nämlich die Sonate von Schubert und die Sonate von Beethoven. Gleich mit der Schubert'schen Sonate, die von beiden Herren in allen Teilen meisterhaft vorgezogen wurde, gaben sie uns den Beweis ihres Könnens. Man merkte sofort, wie gut die Künstler eingepflegt sind, wie immer einer dem andern sich unterordnet, um dann zur rechten Zeit die Melodie oder die Phrase herauszubringen. Diese Schubert-Sonate klang uns in ihrer Frische und natürlichen Anmut ganz mozartisch, bis dann doch hier und da der echte Schubert zu vernehmen war. — In Nr. 2 bot sich Herrn Professor Mayer-Mahr Gelegenheit, seine Künstlerkraft und seine bewundernswürdige Virtuosität auch als Solist zu zeigen. Mit tiefem Bedauern erndeten wir auf dem Programm, daß von den Schumann'schen Kreisleriana op. 16 nur ein Teil gespielt werden sollte. Es wäre uns ein besonderer Genuß gewesen, dieses schwierige und schwer zu verstehende Werk einmal im ganzen zu hören, dieses Werk, das uns in die Gedankenwelt G. F. H. Hoffmanns führt und den überwiegenden Idealisten Kapellmeister Kreisler zeichnet. Durch den temperamentvollen Vortrag der hiesigen Kapelle Nr. 13 rief Herr Prof. Mayer-Mahr die Hörer mit sich fort und anhaltender Beifall veranlaßte ihn zu einer Zugabe (Serenata von Mayer-Mahr). In Nr. 3 entzückte Herr Professor Dessau das andächtig zuhörende Publikum

durch den edlen vornehmen Ton und die schöne Kantilene, die in dem Adagio von F. Ries recht ausdrucksvoll zur Geltung kamen, während er in der Mazurka, deren Kompositur er selbst ist, mehr brillante Technik als gewöhnliche Vogenführung zeigte. Auch er löchnte den reichen Beifall durch eine Zugabe. — Den Höhepunkt des Abends, musikalisch wie technisch, bildete die A-dur Sonate op. 47 von Beethoven, kurzweg die Kreuzersonate genannt, die berühmteste aber auch die schwerste unter den 10 Klavier-Violin-Sonaten. Wie beide Herren sich in Beethoven vertieften, um ihn uns zu offenbaren, haben wir ja gestern Abend selbst erfahren und so bleibt uns nur noch übrig, für alle Kunstgenüsse auch auf dieser Stelle zu danken. SS.

\*\* Merseburger Vereinsmiete. In unserer Zeit der höchsten Vereinsmiete, wo man biswilen im Scherz sagt, es fehle nur noch ein Verein ehemaliger Säuglinge“ wird es interessieren, daß vor 68 Jahren sich in Merseburg eine bodstoriginelle Vereinsmiete auftrat, die heute ihresgleichen nicht mehr findet. Am 18. Januar 1847 trat in Merseburg der Verein gegen das Ausbleiben ins Leben und zwar logisch mit der hiesigen Zahl von 128 Mitgliedern, unter denen alle Stände vertreten waren. Manchen Merseburgern wird das Mitgliederergebnis interessieren, er wird dort manchen lieben Namen entdecken. Hochwürdig verlinkt das Vereinsprogramm: „Wie die großen Probleme der Zeit, die Oregon, die Schugall und die Sirtichumfrage, in gleicher Weise bewegt legt die Aufgabe die Gemüter der Menschen. Es ist die hochwichtige, die Befestigung der sozialen Welt herbeiführende Frage ob es menschlich zu dulden sey daß der Gut der Hüter des Hauses, anstatt wie es einem trauen Wälder geseht, seines Amtes zu warten, alle Minuten seinen Wöhen leistungsmäßig verlaße und das ehrsane Haupt, dessen Schug ihm anvertraut ist, pflichtvergessen jeder liegeblüh Blöfthelle, und offenbar gefahrde. Es ist die Frage, ob man geneigt und bereit ist, eine solche Last, welche die alle gute Sirtie verdingt, dadurch allmählich wieder abzufällen, daß viele, wenn nicht alle, sie als Tröpsel erkennen und immer Wechere sich ihrer enthalten. Nach dem Beispiele anderer Städte hat sich daher auch in Merseburg ein Verein gebildet, welcher es sich zur Aufgabe stellt, auf militärische Art, ohne Uebnahme der Kopfbedeckung zu greifen. Dieser Verein tritt den 18. Januar 1847 ins Leben und die Mitglieder verpflichten sich, so möglich sich untereinander, als auch alle andere Personen ohne Unterschied, auf obengenannte Art zu greifen. Die Vereinsmitglieder werden zwar durch die Preussische National-Kasarde am Hute oder an der Wäpfe kenntlich seyn, doch bleibt es auch jedem Mitgliede unbenommen, die Kasarde aufzulegen oder nicht.“ Trotz einer hiesigen Mitgliederzahl am Umfang hat sich der Verein nicht halten können, er ist heute fast erloschen. Vielleicht kann sich die eine oder die andere noch auf jene Vereins-Gründung erinnern. Das Mitglieder-Berechnis enthält viele Namen, die noch heute in Merseburg zu finden sind, von den Vereinsmitgliedern selbst werden aber nur sehr wenige noch unter uns sein. Schwidert.

### Aus dem Merseburger und benachbarten Kreisen.

§ Klein-Liebenau, 1. Febr. In der Nacht vom 21./22. Januar ist in der vom Kaufmann Robert Meyer-Kelzig gemieteten Villa hier ein Einbruch des Diebstahl verübt und daselbst je ein Kupferner und Zint Kessel, 1 kupferne Pfanne, 1 brauner Weisittel und 4 Kupfegelchire gestohlen worden. Auf die Ermittlung der Diebe ist eine Wohnung von 100 Mark ausgelöhnt.

§ Bahnhof Corbecha, 3. Febr. Der Bahnsteigtartenautomat, der im vorigen Jahre zur Befestigung des reisenden Publikums vor der Paradediespforte, die zur Himmelstempel führt, aufgestellt war, hat sich als ein ganz unzuverlässiger Geselle erwiesen. Von Zeit zu Zeit streifte er. Er nahm wohl den Groschen in Empfang, weigerte sich aber, die Karte herauszugeben. Alles Herumkleinern an der Kurbel nützte nichts, selbst liebevolles Klopfen und Zureden wirkte nichts, selbst die herbeigerufenen Beamten blieb vergebenslos. Die Leibesverstopfung war unheilbar. Wieviel Ärger, wie manchen Fluch der eiligen Reisenden hat er auf dem Gewissen. Da hat man ihm denn das Todesurteil gesprochen und seit einigen Wochen ist er aus seinem Häuschen, gewiß auf Immerwiedersehen, verschwunden. Er war auch schon, als er sein hiesiges Amt antrat, altersschwach und klapprig gewesen. Aber für Corbecha, dachte man, wäre er noch gut genug. Ob er einen jugendlichen Nachfolger erhalten wird oder man sich künftig wieder ganz auf die bewährte Ehrlichkeit der „Wubisten“ verlassen wird, ist noch ungewiß. Nach Meinung des Publikums war er überflüssig und unpraktisch und seine Befestigung wird von niemand beklagt werden.

§ Lagen, 2. Febr. Ein dreifacher Einbruch des Diebstahl wurde am letzten Sonntag früh in der hiesigen Diermühle verübt. Nachdem der Besitzer, Herr Moriz Doerner, früh gegen 4 Uhr die Wohnung verlassen und sich in die Bäckerei begeben hatte, ist der Dieb durch die Haustür, an welcher Herr Doerner den Schlüssel hatte stecken lassen, in die Wohnstube eingedrungen, hat mit dem Schreibtischschlüssel, welcher sich in einem der Kommode hängenden Schlüsselbunde befand, den Schreibtisch geöffnet und daraus ca. 300 Mark in Banknoten, Gold und Silber entwendet. Außerdem hat er noch einen goldenen Trauring mitgehen lassen. Von dem Diebe, welcher mit den Verhältnissen genau vertraut gewesen sein muß, selbst bis jetzt noch jede Spur.







**Bekanntmachung.**

Es wird in Erinnerung gebracht, daß sämtliche zu unserer Steuerkasse fälligen Steuern für Januar, Februar und März 1910 in den auf den Steueranschriften verzeichneten Terminen pünktlich gezahlt werden müssen.  
Auch hat die Zahlung des jetzt fälligen Schulden bis spätestens 14. Febr. d. J. zu erfolgen.  
Gegen Säumlige muß mit der löstpflichtigen Beitreibung vorgegangen werden Merseburg, den 1. Februar 1910.  
Der Magistrat.

**Brennholz-Auktion.**

Sonnabend den 5. Februar nachmittags 3 Uhr, sollen im hiesigen „Hofgarten“  
**50 Haufen Reiß- und Scheitholz (Hartholz)**  
melitendigen gegen sofortige Barzahlung versteigert werden.

Eine Wohnung, 4 Zimmer, Küche und Zubehör, sofort zu vermieten und 1. April 1910 zu beziehen. Näheres  
**Gutenbergsstraße 17 II.**

**Wohnung.**

**Gothardstraße 36.** 1. Etage, sofort zu vermieten und 1. April zu beziehen. Näh. daselbst im Laden.

**1 Wohnung,** Preis 150 - 180 M., wird zum 1. April 1910 zu vermieten gesucht. Adressen unter **A K 100** an die Exped. d. Bl. erbeten.

**Möbliertes Zimmer**

zu vermieten **Markt 23**

**Gutmöbl. Zimmer mit Kabinett**

zu vermieten **Breite Straße 8.**

**Schlafstelle**

offen **Neubühl Nr. 10.**

**2 freundliche Schlafstellen**

sind zu beziehen **Burgstr. 17.**

**Frei. Schlafstelle**

an anständigen Herrn sofort zu vermieten **Sand 22, dort.**

**Besseres Wohnhaus** zu kaufen gesucht. Lage an oder Nähe Halleische Str., Markt, Weiße Wauer bis vorragt. Off. mit Preisang. u. **A 1067** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Alternativ beacht. ich in in Stadt (Nähe Leipzig) geleg. Grundst. in Kolonialstr., 100 qm. Spirituosengelei, u. Kleinviehst. 4. versch. Günst. Geleg. f. freib. Kaufm., da ich erweiterungsfähig. Zur Übers. 10-15000 M. nötig. Off. an **T. Hubold, Merseburg.**

**Singer - Nähmaschine,**

gut erhalten, billig abzugeben **Unter Altenburg 6.**

**Tafelförmiges Klavier,**

gut erhalten und vollständig, ist billig zu verkaufen. Wo? fragt die Exped. d. Bl.

**2 Masken**

(eine Placemierin und eine Spanierin) zu verkaufen **Globatauer Str. 30 III r.**

**Eine Damenmaske** (Nähe zu Merseburg) ist billig zu verkaufen **Antzecksstraße 8.**

Jeden Balken aus Feldsteinen kauft stets zu höchsten Preisen **E. Klemer jun., Halle a. S., Wörmlikerstr. 101. Tel. 3484**

**Hochfeine Messina-Blutapfelsinen**

frisch eingetroffen **Frau Hartung, Halleische Straße 74.**

**Saborit-Jugend-Album,**

Preis 50 Pf. für Kinder- und junge Mädchen-Moden und enthält es Bildchen zur Osternschneiderei.

**Marie Müller Nachf.,**

**kleine Ritterstraße 11.**

**Achtung!**

Empfehle frisches fettes junges **Roßfleisch**

**Roßfleisch**

a Pfd. 35 Pf. **W. Naundorf, Diefen Keller.**

**Anzeige.**

Meinen werten Kunden und einem geehrten Publikum von Merseburg und Umgegend die ergebene Mitteilung, dass das von mir seit 36 Jahren geführte

**Herren-Garderobengeschäft**

von meinem langjährigen Mitarbeiter und Geschäfts-Teilhaber,

**Herrn Andreas Bartelsen,**

mit allen Aktiven und Passiven für alleinige Rechnung übernommen wurde. Mit dem Dank für das mir erwiesene Wohlwollen und Vertrauen verbinde ich die ergebene Bitte, dasselbe auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.

Hochachtungsvoll

**Franz Rügow.**

Merseburg, den 1. Februar 1910.

Bezugnehmend auf obige Mitteilung zeige ich ergebenst an, dass ich das Geschäft unter der Firma

**Franz Rügow Nachfl.**

in derselben soliden Weise weiterführen werde, und bitte ich, das meinem Vorgänger geschenkte Wohlwollen und Vertrauen auf mich zu übertragen. Durch zirka dreißigjährige Mitarbeit in dem Geschäft glaube ich befähigt zu sein, allen Anforderungen gerecht zu werden. Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, durch reelle, gewissenhafte Bedienung den guten Ruf des Geschäfts zu wahren und mir die Zufriedenheit der geehrten Auftraggeber zu erwerben.

Hochachtungsvoll

**Andreas Bartelsen.**

Merseburg, den 1. Februar 1910.

**Eine ganze Armee**

**Kinder ist großgezogen mit Carl Kochs Nährzwieback,**

denen bereits ist sehr wohlwollend, besitzt höchsten Nährwert, befördert die Körperzunahme, rückt den Knochenbau, beugt die Kinderkrankheiten, als Mangel, Skrophulose etc., da er die Bestandteile einer guten Kuhmilch mit den der Muttermilch eigenen Nährstoffen und Rohstoffen vermischt. In haben in Eiten u. Paketen a 10, 20, 30 und 50 Pfg. bei:  
**H. B. Casper's Nachf., Gustav Köpcke, Oberburgstraße;**  
**Walter Bergmann, Gothardstraße 10;**  
**Carl Schmidt, Unteraltenburg;**  
**Wilhelm Ritterich, Gothardstraße;**  
**L. Eber, Halleische Straße;**  
**Karl Köpcke, kleine Ritterstraße;**  
**H. Büschmann Sand.**  
Zentralen: **W. G. Gante;**  
**Kennart b. Merseburg; Hugo Erfurt;**  
**W. G. Gante; Otto May;**  
Steden: **L. Schmidt;**  
**Wilhelm B. Adels, Badermeister;**  
**Walterich, b. Duerfurt; G. Roth;**  
**Staden: Bernh. Dimpel;**  
**W. G. Gante; Paul Häger;**  
**Rabenell; Albert Zaeger;**  
**Wendeburg; Weinh. Dietrich; W. W. Regel;**  
**W. G. Gante; Gerhard Schwarz;**  
**Wendeburg; Langenberg;**  
**Schiffahrt: Kammer;**  
**Wendeburg; b. Schiffahrt: Emma Dobrich;**  
**Wendeburg; b. Duerfurt: Otto Behrns;**  
**Badermeister Conrad, Milan**

**Entzückend**

schon gar und blendenweiss wird die Haut nach kurz. Gebrauch der allein echten

**„Eilenmilchseife „Südsee“**

von prächtigen Wohlgeruch von **Bergmann & Co., Berlin, 50 Pfg. pr. Stk.**

**Dom-Apothek, Stadt-Apothek, F. J. Wirth, Seifens. Brit.**

**Mastrindfleisch und Kalbfleisch**

a Pfd. 60 und 65 Pfg. empfiehlt

**L. Nürnberger.**

**Piano-Sessel,**

**Piano-Lampen,**

**Taktmesser,**

**Notenständer**

in reicher Auswahl

**Ritter**

**Wal-Pianoforte-Fabrik, Halle a. S.**

**extra starke Hasen,**

auch geleiht, **grosse wilde Kaninchen**

a Stück Nr. 1,20, **1a. Reh- und Damspießer,**

**Rüden, Keulen und Blätter,**

**Kochfleisch a Pfund 30 Pf.,**

**Dirkhähne und -Hennen,**

**Schneehühner,**

**Puter und Puthennen,**

**französische u. deutsche Boudarden,**

**Poulets, junge Tauben,**

**Kochhühner,**

**große junge Masthähne**

**a Wk. 2,75 - 3,00,**

**1a. lebend. böhm. Spiegelfarphen,**

**Schleien**

empfehlen **Emil Wolff.**

Tube 60 Pfl. u. M. L.



**Dr. Dralle's Malattine**

Glycerin und Honig-Gelee. **Fettfrei!**  
Von wunderbarer Wirkung gegen spröde und aufgesprungene Haut. Hilft sofort und macht die Haut sammetweich.

Unentbehrlich auf Gebirgs- und Seereisen.

**Malattine - Seife** mit Glycerin und Honig Die mildeste Toiletteseife.

**Malattine-Puder** mit Glycerin und Honig Unübertroffen für den täglichen Gebrauch. Unsichtbar.

**Malattine-Rasierseife** mit Glycerin und Honig Vorzüglich geeignet für Gillette-Apparate. Fruchtvoller, schaumartiger Schaum.

**Überall zu haben.**

Von Freitag den 4. d. M. empfehle ich eine



**Belgischer Arbeitspferde,**

darunter mehrere Zuchttiere.

**Chr. Körber.**

Halle a. S., Dorstenerstraße 7, Tel. 1165

**Grüne Seringe,**

blutreinigend eingetroffen. **Frau Anna Wippich, Johannisstr. 2.**

Warttand: Vorhaus-Berlin.

**Kilzschabe und Pantoffeln, Einlege- und Aufnähsohlen** empfiehlt zu billigen Preisen **Ang. Prall, Burgstraße.**

**Roßfleisch!**

Diese Woche extra fette Ware zum Braten und Kochen.

**Rouladen, sowie frisches Gebäck,**

**ff. Würst und geräucherter Schinken** empfiehlt

**F. Möbius, Roßschlachtereier,**

Clarube 5, Feltenhof 349

Beantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Th. Röhne, Merseburg.



**Wendelsteiner Brennessel-Spiritus**

(Haarwasser)

der Flasche 1,25 und 2,50 M. ist mit „Wendelsteiner Spiritus“

in obiger Originalflasche

kräftigt den Haarwuchs, entfernt von

Schuppen, verleiht den Haarausfall und

zu haben in Apotheken, Drogerien

und Parfümerien.

Beantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Th. Röhne, Merseburg.



# Correspondent.

Bezugpreis vierteljährlich 1 Mk., monatlich 35 Pf.  
Bei Bestellung von unsern Ausgabenstellen: bei Zustellung ins Haus durch unsere Ausreißer in  
den Städten und auf dem Lande außerdem Postzuschlag; durch die Post 120 Mk. oder 42 Pf.  
Belegzahl. — Das Blatt erscheint wöchentlich 6 mal nur an den Wochentagen nachmittags.  
— Redakzion unserer Originalarbeiten ist nur mit bestmöglicher Aufmerksamkeit gehalten.  
— Für Manuskripte unanlässlich Einlieferungen übernehmen wir keine Verantwortlichkeit.

Wöchentliche Gratisbeilagen:  
seitsl. Illustr. Unterhaltungsblatt  
m. neuest. Romanen und Novellen.  
4 seit. landwirtsch. u. Handelsstell.  
mit neuesten Marktnotierungen.

Anzeigenpreis für die erste Beilagenzeile oder deren Raum für Merseburg und umgegend  
10 Pf., für die übrigen 20 Pf., auswärtige pro Zeile  
20 Pf., im Restmonat 30 Pf., bei sonstigerem Satz entsprechende Aufschlag.  
Schluss für Einzelblätter nach Vereinbarung. Für Nachbestellungen und Fortsetzungen  
bestehende Berechnung, nach auswärts mit Postzuschlag. Geschäftsstelle Merseburg,  
2007 Kanalstraße für größere Geschäfts-Kunden nur am Tage vorher. Bekannt-  
machungen bis höchstens 8 Uhr. Samstagsanzeigen bis 10 Uhr vormittags. Post

Nr. 29.

Freitag den 4. Februar 1910.

36. Jahrg.

## Am Vorabend der Einbringung der preussischen Wahlreformvorlage

hat es wenig Wert, sich darüber zu unterhalten, wie sie wohl ausfallen wird. Das kann aber gesagt werden, daß, wenn sie wirklich, wie offiziöse Febrer vernehmen, die direkte Wahl bringt, dann die Dreiklassen-Einteilung in der bisherigen Art auch nicht aufrecht zu erhalten ist. Denn diese ist mit dem indirekten System untrennbar verbunden. Die direkte Wahl bedingt vielmehr (da ja doch von der gleichen Wahlberechtigung leider keine Rede sein wird) die Schaffung irgend eines Pluralwahlrechts oder aber die Übertragung des Kommunalwahlrechts auf die Staatswahlen berart, daß jede Klasse für sich einen Abgeordneten wählt. Diese letztere Art aber würde umfangreiche Umkämpfungen der Wahlkreise nötig machen und auch der Sozialdemokratie weit mehr Wahlerfolge bringen, als die Regierung und vor allem die herrschenden Konservervanten ihr zu werden gutheissen wollen. Es wird also wohl eine Art Pluralwahlrecht herauskommen. Aber inwiefern dieses den Wünschen der Nationalliberalen entspricht, den bisher einzigen Befürwortern dieses Systems, bleibt dahingestellt. Die geheime Wahl wird nicht offenkundig werden, und es ist ja schon ein großer Streit zwischen dem Febrer v. Zeblich und dem Zentrum darüber entstanden, ob das letztere das Verlangen nach der geheimen Wahl jeztitlich dazu ausnützen will, um das seinen Bundesgenossen, den Konservervanten, so lästige Gesetz überhaupt zu Fall zu bringen. Dieser Streit läßt uns sehr lässig. Wir sehen hinsichtlich des Zustandekommens irgend einer Reform, die auch nur halbwegs diesen Namen verdient, überhaupt sehr pessimistisch in die Zukunft, da wir der Regierung nicht die Energie zutrauen, eine vernünftige Änderung gegenüber Abgeordnetenhaus und Herrenhaus durchzuführen. Dem Zentrum trauen wir unerseits nicht über den Weg. Das Vertrauen zu seinem guten Willen, etwas wirklich Heimgemäßes zu schaffen, ist infolge seines zweideutigen Verhaltens in den Jahren vorher verloren gegangen.

Die Freisinnigen werden selbstverständlich die geheime Abstimmung energisch fordern, wie auch die Vorlage sonst aussehen möge. Aber natürlich kann die Regelung dieser Frage für sie nicht allein ausschlaggebend sein für ein ungerechtes System, das an die Stelle des bisherigen ungerechten Systems treten sollte, werden sie kaum irgend ein Interesse haben.

Für Herrn v. Bethmann-Hollweg ist jedwede

lich eine Darstellung der Ereignisse bei Auflösung der preussischen Nationalversammlung in Brandenburg durch den General v. Wangel im Jahre 1848. Das führende konservativere Organ hält es, wie aus seinen Worten unklar zu schließen ist, nicht für unmöglich, daß auch später einmal dem Reichstag in ähnlicher Weise durch eine militärische Truppe ein Ende erteilt wird. Als Zeitpunkt dieser Eventualität nimmt es, wie gelangt, den Moment an, wo der Reichstag eine sozialdemokratische Mehrheit haben wird. Da aber alles, was die Konservervanten seit dem vorigen Sommer getan haben und noch tun, nur den Effekt einer Vernehmung der sozialdemokratischen Mandate hat, so ist, wie wir schon angedeutet, der Verdacht nicht von der Hand zu weisen, daß Leute wie Abg. v. Döbering bewußt darauf hinarbeiten, die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag so zu verkräften, daß die Regierung im vernünftigen Interesse ihrer Selbsterhaltung zu einem Staatsstreich gezwungen wird.

In dem Wahlkreis des Abg. v. Döbering selbst in Elbing-Marienburger, hat seine letzte Reichstagsrede natürlich das peinlichste Aussehen erregt. So schreibt die in Elbing erscheinende „Altpreussische Zig.“: „Die Wähler des Wahlkreises Elbing-Marienburger werden durch die Vorgänge im Reichstag noch stärker und tiefer berührt als andere deutsche Männer. Viel zu lange haben wir uns diesen Abgeordneten gefallen lassen, den man vielfach selbst in agrarischen Kreisen nicht schätzt. Der vorgeführte Vorgang bringt das Gefühl zum Überlaufen, jetzt sollten sich die Wähler aller Parteien in unserem Kreise zusammenschließen unter dem Rufe: Weg mit Döbering!“ Vor kurzem hat sich in unserem Wahlkreise ein Patriotischer Wahlverein gegründet, dessen Ziele den Vaterlandsfreunden mit großer Befriedigung und Freude erfüllen und der schon zahlreiche Mitglieder gefunden hat. Jetzt ist es nun aber für ihn an der Zeit, hervorzutreten und auszusprechen, was wohl alle Bürger in unserer Stadt und so mancher Wähler im Landkreise über unsere Abgeordneten denken. Jetzt sollte eine Protestversammlung einberufen werden, an der Mitglieder aller Parteien teilnehmen und in der Deutschland gegenüber klar und deutlich dargelegt wird, daß der Wahlkreis Elbing-Marienburger nicht einverstanden erklärt mit einer derartigen Aufforderung zum Hochverrat, wie sie unser Abgeordneter ausgesprochen hat. Die Pflicht, dagegen zu protestieren, ist eine doppelte, uns selbst und dem deutschen Volke gegenüber! Wollen wir die zum Wahltage warten mit der öffentlichen Aussprache unserer Empörung und Entrüstung über diesen unseren Abgeordneten, der uns vor ganz Deutschland, vor der ganzen Welt bloßstellt? Nein, treten wir einmütig alle zusammen vor die Öffentlichkeit mit dem Rufe: Weg mit Döbering!“

## Die Konservervativ-Liberale Koalition

wird von den beteiligten Parteien hartnäckig als ein Phantasmagebilde bezeichnet; man habe sich bei der Reichsfinanzreform zufällig auf dem Wege getroffen, und das sei alles. Insbesondere wird von der rechten Seite gegen das Bündnis von Konservervanten und Zentrum geltend gemacht, daß gerade bei der Wahlreform in Preußen die beiden Parteien einander diametral gegenüberstünden. Jetzt kommt aber der Führer der Freikonservervanten Abg. Febrer v. Zeblich, um im „Tag“ auseinanderzusetzen, daß selbst über diese angeblich tief gehende Meinungsverschiedenheit in der Wahlrechtsfrage eine Übereinstimmung zwischen der Rechten und der Mitte erzielt ist. Abg. Febrer v. Zeblich schreibt darüber:  
„In der Sache selbst bin ich nachgerade zu der festen Überzeugung gelangt, daß das Zentrum dafür sorgen wird, keine den Konservervanten unannehmbare Änderung unseres Wahlrechts zustande

kommen zu lassen. Da die Konservervanten die geheime Abstimmabgabe für unannehmbar erachten, heißt das mit anderen Worten: das Zentrum wird dafür sorgen, daß die Wahlreform unter Beibehaltung der wesentlichen Abstimmabgabe obengar nicht zustande kommt.

In diesem Ziele führen verschiedene Wege. Man kann die Frage gleich in der Kommission verjucken lassen. Etwas Ähnliches scheint tatsächlich erwogen zu werden. Man spricht davon, daß noch weitere tatsächliche Unterlagen als die bekannte Wahlfaktistik zu fordern seien, und meint, daß, weil die Erfüllung dieser Forderung längere Zeit erfordere die Session alsbald geschlossen werden würde. ... Febrer kann bestreitet werden, daß der Antrag auf Übergang zur geheimen Wahl von vorn herein abgelehnt wird. Bei der knappen Mehrzahl für die geheime Wahl genügt hierzu die Abstammabänderung weniger Stimmen. Man kann ferner zwar die geheime Wahl in die Vorlage einschalten lassen, dann aber deren Ablehnung im ganzen vorbeistellen. Das läßt sich unklar ermöglichen, indem sich ein ausreichend harter Teil des Zentrums als nammentlicher Beteiligter des Reichswahlrechts aufspielt und die Parole „Alles oder nichts“ ausstößt. Endlich kann man in der Überzeugung, daß das Herrenhaus für die geheime Wahl nicht zu haben ist, diesem deren Beteiligung überlassen, die Entscheidung bis zur Rückkehr der gelebten Vorlage an das Abgeordnetenhaus verschieben und sich dann entweder dem Herrenhause fügen oder durch Veränderung übereinstimmender Beschlüsse selber die Verabschiedung der Wahlreform unmöglich machen. Welcher Weg gewählt werden wird, ist mit Sicherheit nicht vorzusagen. Dabei sprechen tatsächliche Rücksichten das entscheidende Wort. Ganz sicher aber ergeht es, daß einer dieser Wege, vielleucht mit der einen oder anderen Variante, bestritten werden wird. Die konservativ-liberale Entente cordiale bedeutet mit sich weniger als die Beibehaltung jeder Variante bei Übergang zur geheimen Wahl, bei dem steht von der Regierung im Angehört genannten Meinungsstunde. Denn wird zwar zunächst etwas weiterprobiert werden, aber der Ausgang wird mit Sicherheit recht geben.“

Man weiß seit Jahrzehnten, daß Abg. Febrer von Zeblich eine feste Witterung für das hat, was sich in Regierungskreisen und im Parlament vorbereitet. Auch diese Aufstellungen über die Entente cordiale von Konservervanten und Zentrum bei der Wahlrechtsfrage werden sich — das sind wir gewiß — bestätigen, zumal da sie die innere Wahrscheinlichkeit für sich haben. Es ist längst bekannt, daß das Zentrum seine Anträge auf Einführung des Reichswahlrechts in Preußen nur gestellt hat, um seine Wähler aus der Arbeiterschaft zu beruhigen. In Wirklichkeit denkt aber die Zentrumsfraktion des Abgeordnetenhauses, in der die feudalen Herren noch weit mehr als in der Reichstagsfraktion den Ausschlag geben, daran, mit ihren Forderungen Ernst zu machen. Man kann sicher sein, daß bei den bevorstehenden Wahlrechtsdebatten die Zentrumskredner wieder die ergößlichsten Sprünge machen werden.

## Zur Frage der Maßregelung von Beamten

bringt die ultramontane „Germania“ noch einige bezeichnende Beiträge aus dem Osten. Z. B. diese hier: „Gelegentlich einer Kreislehrerkonferenz sagte ein Kreisinspektoren ungefähr: „Wer durch die Abstimmabgabe für einen anderen als den aufgestellten nationalen Kandidaten die Wahl desselben gefährdet, dem ziehe ich den Strich zu“. Bei einer Stadtverordnetenwahl in einem ostpreussischen Städtchen hatten einige Lehrer für einen deutschen katholischen Kaufmann gestimmt. Weil er deutsch gebildet und der größte Steuerzahler war, dachten sie nicht daran, daß ihnen diese Abstimmung als eine staatsgefährliche Handlung ausgelegt werden würde. Sie hatten jedoch die Rechnung ohne den Wirt gemacht; denn bald darauf wurde einer der Unglücklichen nach dem Westen veretzt, den andern aber soll das nationale Mafel noch heute anleben. Bei der Wahlmännerwahl zur Wahl eines Landtagsabgeordneten wurden bei der letzten Wahl 1908 vom „nationalen“ Wahlkomitee die Namen der deutschen Wahlmänner allen „nationalen“ Wählern bekannt gegeben. Zufällig war den beteiligten Lehrern eines größeren Ortes dies nicht bekannt geworden. Sie wählten sich gegenseitig. Ein Vorklehrer, welcher in dieser Angelegenheit die Lehrer vernahm, sagte ihnen: „Als Mensch haben sie ja wohl recht gehandelt, nicht aber als Beamter!“ Es blieb in diesem Falle bei einem Verweis.“

colorchecker CLASSIC

colorchecker CLASSIC